

Österreichische Bauernzeitung

Wochenblatt für das werktätige Volk ★ Mit der Beilage „Die Quelle“

Bezugsbedingungen: Für Deutschösterreich monatlich S 1.—, vierteljährlich S 3.—, Einzelnummer 25 Groschen
Es wird gebeten, das Abonnement im voraus zu bezahlen
Telephon: St. Pölten Nr. 76 Postcheckkonto 175.831

Umstetten-Waidhofen
16. März 1929.

Redaktion und Verwaltung: St. Pölten, Heßstr. 6
Unfrankierte Briefe können nicht angenommen werden
Anonyme Zuschriften können nicht berücksichtigt werden
Telephon: St. Pölten Nr. 76 Postcheckkonto 175.831

An alle Bezirks- und Lokalorganisationen!

Wir machen die Vertrauensmänner darauf aufmerksam, daß sie sofort ihre Delegierten zu den

Kreiskonferenzen

am Samstag, den 16. und Sonntag, den 17. März, beim Kreissekretariat in St. Pölten anmelden, damit die Delegiertenkarten ausgestellt werden können.

Gleichzeitig ersuchen wir um Mitteilung, welche Delegierte in St. Pölten übernachten, damit für die Unterbringung rechtzeitig Vorsorge getroffen werden kann.

Die Delegiertenkarten werden den Teilnehmern bei der Kreiskonferenz eingehändigt, gegen Vorweisung des schriftlichen Mandats.

Der Kreisauschuß.

Der Kampf um Mieterschutz und Bohnbauförderung.

Keine Hilfe den Notleidenden.

Die Verhandlungen des Unterausschusses über die Mietenfrage und die Wohnbauförderung sind abgebrochen worden, um den einzelnen Klubs Gelegenheit zu geben, zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen. Die Lage ist durch die Verhandlungen des Unterausschusses keineswegs zu einer Klärung gelangt, die eine Hoffnung auf Vereinigung der strittigen Fragen zuläßt. Die bürgerlichen Parteien halten nach wie vor daran fest, die Mietzinse zu erhöhen. Sie haben auch in der Frage der Wohnbauförderung keine entscheidenden Angelegenheiten gemacht, so daß die Verhandlungen tatsächlich an einem toten Punkt angelangt sind. Kein Mensch weiß, ob es überhaupt noch einmal zu ernstlichen Verhandlungen kommt, wenn die bürgerlichen Parteien an ihrem unnachgiebigen Standpunkt festhalten. Die schwebenden Fragen drängen aber zu einer Lösung. Wenn die Regierung bei ihrem Standpunkt bleibt, daß die Mietzinse in dem geplanten Ausmaße erhöht werden sollen, dann verlangen die Sozialdemokraten, daß vorerst das Volk darüber entscheiden soll. Das gegenwärtige Parlament ist gewählt auf Grund des Versprechens, daß der „Mieterschutz gesichert“ ist. Jede Aenderung dieses Zustandes dürfte also erst durch eine Volksabstimmung erfolgen. Herr Dr. Seipel hat jedenfalls vor einer Volksabstimmung, in der darüber entschieden werden soll, daß die Mieter einen höheren Zins bezahlen, Angst, und bemüht sich nun krampfhaft, einer solchen Volksentscheidung auszuweichen. Für ihn ist der Volksentscheid ebenso

unangenehm als eine Neuwahl des Nationalrates, denn er weiß, daß ein großer Teil der städtischen Bevölkerung, der bürgerlich gestimmt hat, anders wählen würde, wenn der Mieterschutz zur Wahlparole gemacht wird. Aber alle seine Versuche, um diese Entscheidung herumzukommen, werden vergeblich sein, wenn die Regierung unnachgiebig bleibt und ihren Standpunkt nicht wesentlich ändert.

Die Entscheidung über die weitere Entwicklung wird noch diese Woche fallen und es wird sich zeigen, ob die politische Krise gelöst wird durch eine Volksabstimmung oder Neuwahl, oder durch den Rücktritt Dr. Seipels. Die Sozialdemokraten sehen dem weiteren Verlauf der Dinge mit Ruhe entgegen, denn sie wissen, daß die bürgerliche Einheitskoalition fortwährend schweren Erschütterungen ausgesetzt ist und daß die Lage Dr. Seipels keineswegs eine rosige ist.

Die Verhandlungen über die sozialdemokratischen Notstandsanträge im Ausschuß für soziale Verwaltung haben damit geendet, daß unsere Anträge niedergestimmt worden sind. Alle Bemühungen der Sozialdemokraten, die furchtbare Notlage anschaulich zu machen und den Zehntausenden von Bedürftigen eine Linderung ihrer Notlage zu bringen, sind gescheitert. Dies alles in einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit eine Höhe erreicht hat, die alles bisher Dagewesene übertrifft. Daß dieses Verhalten nicht geeignet ist, eine Milderung der politischen Gegensätze herbeizuführen, versteht sich von selber.

Sozialdemokratische Forderungen zur Hebung der Landwirtschaft.

Bei der Beratung des Kapitels „Landeskultur“ im n.-ö. Landtag ergriff der Führer des Verbandes der freien Arbeitsbauern Oesterreichs, Abg. Mentasti (Soz.), das Wort:

Er bemerkt, daß bei diesem Kapitel die allgemeinen Fragen der Landwirtschaft erörtert werden müssen. Für den landwirtschaftlichen Unterricht sind 1.587.540 Schilling veranschlagt. Die landwirtschaftlichen Schulen werden von ca. 800 Schülern besucht. Wenn wir es auf den guten Willen des einzelnen in der Landwirtschaft ankommen lassen, ob er seine Kinder in die Schule schicken wird, wird es noch lange Zeit dauern, bis die Zahl der landwirtschaftlichen Schüler so steigt, wie es im Interesse der Landwirtschaft wünschenswert erscheint. Wir müssen

obligatorische Fortbildungsschulen, wie sie im Gewerbe bestehen, entsprechend den Verhältnissen in der Landwirtschaft einführen, damit auch die Kinder der ärmeren und kleinen Bauern diese Schulen besuchen können. Redner verweist dann darauf, daß trotz aller Maßnahmen zur Förderung der Produktion durch die Landwirtschaftskammer eine Agrarkrise besteht, und bespricht die Stellung der einzelnen politischen Parteien zu diesen Fragen. Wenn wir die Sache oberflächlich betrachten, sind alle Parteien bauernfreundlich, nur die Mittel und Wege, die die einzelnen vorschlagen, sind verschieden. Die Christlichsozialen und Landbündler limitieren sich bei den verschiedenen Forderungen hinaus; vor den Wahlen haben die Landbündler ihre ganze Agitation auf die Proklamierung des Steuerstreiks aufgebaut, nach den Wahlen, als sie in die Regierung eingetreten sind,

ist die Steuerstreikparole verstummt. Sie haben sich eine andere Forderung zurechtgelegt, die Frage der landwirtschaftlichen Bölle. Wir haben gegenüber den Getreidezöllen ein Getreidemonopol verlangt, mit dem in der Schweiz so große Erfolge erzielt wurden. Jetzt, da die polnische „Schweineerei“ so viel Aufbruch hervorruft, sehen wir, daß die österreichischen Interessenten mit polnischen Exporteuren verhandeln, bevor sie sich im Inland mit den Leuten zusammensetzen, die in der Lage wären, einen Ausweg zu finden, der beide Teile befriedigen könnte. Eine noch merkwürdigere Erscheinung ist, daß die Idee des Getreidemonopols von den Christlichsozialen nicht nur abgelehnt, sondern ganz konsequent der Bauernschaft vorenthalten wurde. Wenn wir Zucht- und Mastprämien in Vorschlag gebracht haben, sind wir mit höhnischem Lächeln empfangen worden. In der Richtung ist auch eine Aenderung eingetreten, indem in einem in der „Agrarischen Nach-

richtenzentrale“ enthaltenen Bericht aus Steiermark gesagt wird, man will aus einem sozialdemokratischen Musterkoffer für Zollerlöse die Marktbeschickungsprämie in Aussicht nehmen. Man muß letzten Endes untersuchen, in welcher Form einem Produktionszweig geholfen werden kann, wenn man noch in gewissem Sinne vom Ausland abhängig ist. Es kann für die Landwirtschaft auch nicht gleichgültig sein, inwieweit

die Kaufkraft bei den Konsumenten vorhanden ist. Es wird zu untersuchen sein, wie unserem Weinbau, unserer Rübeproduktion und unserer Harzproduktion geholfen werden kann. Es muß auch andere Mittel als Zölle geben, um die Not der Landwirtschaft zu bannen. Ich verweise nur auf jene Wirtschaftsbereiche, die nicht vom eigenen Grund allein leben, sondern Pächter sind. Wir müssen auch beim

Pächterschutz

so weit kommen, daß die bestehende Verordnung durch ein Gesetz ersetzt wird. Ich stelle den Resolutionsantrag:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, daß endlich das Pachtrecht für die Landwirtschaft dauernd geregelt wird.“

Auf dem Gebiete der Landarbeiter-siedlung haben die Sozialdemokraten stets den Standpunkt vertreten, daß durch eine entsprechende Förderung der Siedlungsbemühungen nicht nur der Landflucht entgegengearbeitet, sondern vor allem eine

Befreiung der Landarbeiter

erreicht werden kann, so wie ja die Bauernschaft ihre Befreiung bereits erreicht hat. Wir haben im Nationalrat eine Subvention von 10.000 Schilling für diese Zwecke beantragt, doch wurden unsere Anträge abgelehnt. Was wir an Kolonien in der Heimat bisher gesehen haben, bedeutet keineswegs einen Fortschritt. Die Muster-siedlung in Ronzenbach, für welche das Landwirtschaftsministerium große Summen aufgewendet hat, ist unrentabel. Es wäre besser gewesen, den Kleinhäuslern dieser Gegend, die unter einem Hektar Grund haben und daher gezwungen sind, als Arbeiter in die Städte zu gehen, ein Stück Grund von diesem Gebiete zuzuwiesen. Abg. Holler hat in einer Kammer-sitzung gesagt, zur Siedlung sollen nur Bauernknechte zugelassen werden, die mindestens drei Jahre in der Landwirtschaft tätig waren und sich so viel erspart haben, daß sie sich ansiedeln können.

Abg. Holler: Das ist eine bewußte Lüge!

Vorsitzender Präsident B e g n e k: Ich rufe Sie für diesen Ausdruck zur Ordnung!

Abg. Mentasti (fortfahrend): Ich möchte nur wissen, wie sich ein Bauernknecht in drei Jahren so viel ersparen kann. Minister Thalor hat anlässlich eines Vortrages über seine Reise nach Südamerika festgestellt, daß von 60.000 in den letzten zehn Jahren ausgewanderten Oesterreichern 70 Prozent der Landwirtschaft angehörten. Andererseits aber werden tausende tschechische Landarbeiter jährlich nach Oesterreich gezogen. Wenn der Großgrundbesitz seinen Arbeitern menschenwürdige Bedingungen schaffen würde, könnte er tüchtige Landarbeiter auch bei uns finden. Wichtig ist die Kreditbeschaffung für die Landwirtschaft. Wir haben hier den Weg zur Raiffeisenkasse, zur Girozentrale oder zur Bodenkreditanstalt. Wir sehen aber, daß die Landwirtschaft vor allem die Landeshypothekenanstalt in Anspruch nimmt und diesem Institut müssen daher auch so viel wie möglich die überschüssigen Gelder der Landwirtschaft zugeführt werden. Mein Kollege Mittelbach hat

im Ausschuss zwei Anträge auf Einführung einer entsprechenden Wahlsprengelteilung für die Wahlen in die Bauernkammer und über die Schaffung einer Kontrolle

der Gebarung der Bauernkammer eingebracht. Tatsächlich müssen heute Bauern oft drei Stunden zum Wahllokal gehen, was angesichts der bestehenden Wahlpflicht gewiß unzulässig ist. Wichtiger aber ist die Frage der Kontrolle und ich verstehe nicht, warum Sie, die Sie immer für die Reinheit der Verwaltung sind, sich dieser Kontrolle widersetzen. 6.232.350 Schilling stehen heute in der Bauernkammer zur Verwaltung und der Finanzkontrollauschuss des Landes kann höchstens die buchhaltungsmäßig richtige Verrechnung, nicht aber die richtige Verwendung dieser Gelder überprüfen. Wir wissen, die Bauernkammer arbeitet gut, sie hat brave Beamte, wir wollen aber auch feststellen können, ob ihre Verwaltung politisch einwandfrei ist. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Das Weltbild im Wochenspiegel.

Der Aufruhr in Mexiko. In nächster Zeit soll der mexikanische Präsident neu gewählt werden. Mehrere Bewerber wollten den gegenwärtigen provisorischen Präsidenten Portes Gil die Unwahlschaft streitig machen. Diese Fronreue und Angehörige der Republikanischen Partei haben nun mit Unterstützung mehrerer Generale in den Provinzen Veracruz und Sonora einen Aufruhr organisiert und die Truppen dieser Garnisonen haben sich demselben angeschlossen. In der kritischen Lage hat die mexikanische Regierung den früheren Präsidenten Calles zum Kriegsminister ernannt, der sofort militärische Maßnahmen gegen die Rebellen einleitete. Die mexikanische Bundesarmee hat die Provinz Veracruz bereits wieder zurückgewonnen. Sie sind jetzt im Begriffe gegen Sonora vorzugehen. Schwere Kämpfe sind dort bereits im Gange. Bei der Lage der Verhältnisse ist damit zu rechnen, daß es der Regierung bald gelingen dürfte, den Aufruhr zu unterdrücken. Sinter dem Aufruhr steckt auch der „mexikanische Alerus“, der seit Jahren einen Bürgerkrieg gegen die republikanische Regierung führt.

Die Unstimmigkeiten in Sowjetrußland. Im Zentralkomitee der Sowjetunion scheinen erste Differenzen zwischen den Gruppen zu bestehen. Das Regime des Alleinherrschers Stalin löst immer größere Widersprüche aus. Die Führer Rykov und Bucharin nehmen offen gegen ihn Stellung und es haben sich bereits ansehnliche Gruppen um sie herum gebildet, die in den Betrieben Propaganda gegen Stalin machen. Viel hat zur steigenden Unzufriedenheit auch die Behandlung Trozkys beigetragen. Es ist mit weiteren schweren Kämpfen zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der Bolschewiki in der nächsten Zeit zu rechnen.

Diplatenkonferenz in Wien. Durch den Friedensschluß von Trianon sind die wertvollsten Ländereien Ungarns an Rumänien gefallen. Rumänien hat dort Bauern angesiedelt. Ungarn verlangt nun, daß diese Ländereien ihren ursprünglichen Besitzern entweder zurückgegeben oder entschädigt werden. Der Völkerbund hat die beiden Länder beauftragt, den Streit durch Vereinbarungen zu schlichten. Zu diesem Zwecke finden in Wien Verhandlungen statt. Ungarn fordert einen Betrag von 130 Millionen Goldkronen.

Demission des polnischen Finanzministers. Der polnische Finanzminister Czechowicz hat seine Demission überreicht, die vom Staatspräsidenten angenommen wurde. Das ist der Finanzminister, der sich kühn über die Beschlüsse des Parlaments hinwegsetzte und größere Ausgaben machte als bewilligt waren. Czechowicz hat nun wohl selbst eingesehen, daß

seine Stellung unhaltbar geworden ist und ist zurückgetreten.

Kesselexplosion im Erdölgebiet. In Moteni im rumänischen Erdölgebiet explodierte infolge Wassermangel ein Maschinenkessel. Neun Arbeiter und ein englischer Ingenieur wurden auf der Stelle getötet, acht Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

Wirbelschirm in New-York. Im New-Yorker Stadtgebiet tobte am Donnerstag ein furchtbarer Nordweststurm mit 100 Kilometer Geschwindigkeit. Der 13.000 Tonnendampfer Venedyk mit 245 Passagieren an Bord lief bei der Einfahrt in den Hafen von Governors Island auf Grund. In der Stadt hat der Sturm viele Vandalen verursacht, wodurch Personen verletzt wurden.

Zugkatastrophe in der Türkei. In der Nähe der Stadt Adabazar löste sich von einem Berge, den die Eisenbahn passieren muß, ein riesiger Fels los und stürzte die Lokomotive und die Waggons um. Es entstand ein Brand, wobei vier Personen getötet und zahlreiche verletzt wurden.

Blutige Zusammenstöße in Lemberg. Bei einem Vegräbnis eines Ukrainers kam es zu wüsten Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizei versuchte, einen Zug von 500 Ukrainern zu zerstreuen, wobei diese Widerstand leisteten. Durch Säbelhiebe wurden 15 Ukrainer verletzt, während sechs Wachleute durch Wurgeschosse schwer verletzt worden sind. Die Polizei nahm dann eine Anzahl von Verhaftungen vor.

Ein Militärskandal in der Rheinlandarmee. Auf Grund der jüngsten Erhebungen ergab sich, daß die durch Erfrigerungen und mangelhafte Ernährung in der Garnison Trier geforderten französischen Soldaten mehr als 50 betragen. Es stellte sich nun heraus, daß die Schlafäle so ungenügend geheizt und die Bekleidung so unzulänglich gewesen ist, daß zahlreiche Soldaten beim Postenstehen erstarben.

Da während der verflochtenen Kälteperiode die Heizanlagen stärker als sonst in Anspruch genommen worden sind, zum Teil auch minderwertiges Heizmaterial verwendet wurde, erscheint es dringend notwendig, alle Rauchlängen und Rauchleitungen gelegentlich der nächstenkehrung auf ihren Zustand untersuchen und allfällige Mängel ehestens beheben zu lassen.

Im übrigen wird auf die Bestimmung der Reihenordnung aufmerksam gemacht, nach welcher sowohl schließbare als auch russische (enge) Kamme mindestens einmal im Monat durch einen befugten Rauchfangkehrer zu reinigen sind. Die Nichtbeachtung vorgenannter Bestimmung ist strafbar.

Aus dem n.-ö. Landtage.

Für die achtjährige Schulpflicht. — Zwei neue Märkte. — Die Wertzuwachsabgabe für St. Pölten und Wr.-Neustadt.

Am 6. d. M. hielt der Landtag zwei Sitzungen ab. Eine kurze Sitzung, um einige wichtige Geschäftsstücke als Einlauf vor den Landtag zu bringen, und eine Geschäftsitzung, in der bereits ein Teil dieser Anträge nach Durchberalung in den zuständigen Ausschüssen zur Erledigung kam. Darunter war auch der Beschlusstwurf betreffend die Wertzuwachsabgabe in den Städten St. Pölten und Wr.-Neustadt.

Die Christlichsozialen haben seit Jahren schon gegen die Wertzuwachsabgabe angekämpft und wollten sie vollständig beseitigen. Sie hatten das starke Argument für sich, daß das Gesetz auf dem Grundsatz „Krone ist Krone“ beruht und vielfach Papierkronegewinne im Realitätenverkehr als Wertzuwachs besteuere, obwohl bei der Unrechnung des Verkaufspreises in Gold sich für den Verkäufer ein Verlust ergebe. Die Sozialdemokraten machten mit Nachdruck geltend, daß dieser Umstand wohl eine Reform des Gesetzes, nicht aber dessen Aufhebung rechtfertige. Es müsse an der Besteuerung des wirklichen Wertzuwachses festgehalten werden, da dieser in aller Regel nicht aus Aufwendungen der städtischen Grundbesitzer, sondern als Folge der Aufwendungen der Gemeinde (Erschließung von Baugelände durch Anlegung von Straßen, Einbeziehung in das Wasserleitungsnetz und die Kanalisierung usw.) entstehe.

Es gelang unseren Genossen im Landtag und insbesondere dem sozialdemokratischen Gemeindereserventen in der Landesregierung, diesen Grundsatz durchzusetzen und die Aufhebung der Wertzuwachsabgabe zu verhindern.

Im Dezember wurde das Wertzuwachsabgabengesetz für Niederösterreich (mit Ausnahme der Städte St. Pölten und Wr.-Neustadt) abgeändert und die Berechnung des Wertzuwachses auf Gold umgestellt. Die Jahre 1929 und 1930 wurden als Uebergangszeit bestimmt, während der auch noch der sogenannte umechte Wertzuwachs mit 4 beziehungsweise 2 Prozent versteuert wird. Gleichzeitig beschloß der Landtag, die Landesregierung zur Vorlage eines Gesetzesentwurfes zu verpflichten, wonach auch das Wertzuwachsabgabengesetz für die Städte St. Pölten und Wr.-Neustadt „nach den gleichen Grundsätzen“ wie das für die übrigen Gemeinden Niederösterreichs abzuändern ist.

Die Christlichsozialen bemühen sich, diesen Beschlus so zu deuten, daß nunmehr auch für die beiden autonomen Städte das neue niederösterreichische Gesetz gelten müsse. Das hätte aber besonders in St. Pölten geradezu eine Prämie für die Grundbesitzer in der Inflationszeit bedeutet.

In wochenlangem Verhandlungen gelang es dem sozialdemokratischen Gemeindereserventen schließlich durchzusetzen, daß den beiden autonomen Städten in Fällen höherer Wertzuwachses das Recht zur Einhebung einer prozentualen Zuschläge bis zur Höhe von 30 Prozent des effektiven Wertzuwachses gesichert worden ist.

Damit ist ein langwieriger Kampf erfolgreich abgeschlossen, in dem es darum ging, eine Einnahme zu sichern, die in vielen Gemeinden, darunter auch in St. Pölten, eine erhebliche Bedeutung hat.

Ueber die Geschäftsitzung des Landtages selbst berichten wir: Im Einlauf ist ein Antrag der Abgeordneten Popp, Pehnek, Werndl und Genossen (soz.) betreffend die Vorlage eines mit dem Bundesgesetze vom 10. Juli 1928 gleichlautenden Landesgesetzes über die Festsetzung der vollen achtjährigen Schulpflicht.

Nach dem zitierten Bundesgesetze beginnt die Schulpflicht mit dem vollendeten sechsten Lebensjahr und dauert durch 8 Schuljahre, welche Bestimmung in jedem Bundeslande erst dann in Kraft tritt, wenn ein mit dem Bundesgesetze übereinstimmendes Landesgesetz beschloßen wird. Die ehefte Vorlage eines solchen Landesgesetzentwurfes wird nun in dem Antrage gefordert.

Hierauf wird in die Beratung der Tagesordnung eingegangen.

Nach Berichten der Abgeordneten Lieber (christl.-soz.) und Popp (soz.) wird einer Reihe von Gemeinden die Einhebung von höheren Umlagen auf die Grund- und Gebäudesteuer des Jahres 1929 bewilligt. Auch die Stadtgemeinde Berndorf erhält nach einem Berichte des Abgeordneten Schnofl (soz.) die Bewilligung zur Einhebung einer solchen Umlage im Ausmaße von 110 Prozent.

Abg. Knottke (soz.) beantragt namens des Verfassungsausschusses die Erhebung der Gemeinde Hirtenberg zum Marke.

Nach seinem Berichte reicht die Geschichte Hirtenbergs in die erste Zeit der Erschließung der Ostmark zurück. Im Jahre 1831 hatte die Gemeinde 23 Häuser, im Jahre 1923 bereits 250 Häuser mit rund 2600 Einwohnern. Sie besitzt eine gewerbliche Fortbildungsschule, eine Volks- und Bürgererschule, eine Mutterberatungsstelle und ein Infektionshospital. Auch die gewerbliche Entwicklung ist weit vorgeschritten. Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordneter Pichula (christl.-soz.) berichtet namens des Verfassungsausschusses über den Antrag der

Erhebung von Deutsch-Wagram zum Marke.

Er weist darauf hin, daß Deutsch-Wagram nicht nur eine uralte Siedlung des Marchfeldes ist, sondern heute bereits 4400 Einwohner zählt und im Laufe der Zeit eine große industrielle Entwicklung genommen hat. Es befinden sich dort die großen Werkstätten der Waggonfabrik, eine Kunst- und andere Fabrikanlagen, der Ort hat eine eigene Pfarre, eine Volks- und Hauptschule, eine gewerbliche Fortbildungsschule und mufertgiltige sanitäre Einrichtungen. Der Ort hat auch ein reges Vereinsleben und es wurde seitens der Gemeinde auch für seine Ausgestaltung viel getan. Deutsch-Wagram liegt auch an einer bekannten Bolkerrstraße und ist auch als Dreigeschichtlicher Ereignis, namentlich in den Franzosenkriegen, allbekannt. Die Entwicklung des Ortes rechtfertigt seine Erhebung zum Marke. Der Antrag auf Markterhebung wird hierauf einstimmig angenommen.

Nach einem Berichte des Abg. Lowatschek (christl.-soz.) wird der Gemeinde Klosterneuburg die Einhebung einer Inseratenabgabe bewilligt. Die Bestimmungen sind im wesentlichen dem Wiener Inseratenabgabengesetz nachgebildet. Nur das Ausmaß der Abgabe ist verschieden. Die Abgabe beträgt in Klosterneuburg 10 Prozent der monatlichen Inseratengebührensumme; für Arbeits- und Stellengesuche im Kleinen Anzeiger sind 5 Prozent zu entrichten.

Abg. Lowatschek (christl.-soz.) legt dann weiters einen Beschlusstwurf vor, nach welchem das bisherige

Wertzuwachsabgabengesetz

der Städte St. Pölten und Wr.-Neustadt mit 1. März 1929 aufgehoben wird. Bis 28. Februar gilt in den beiden Städten noch das bisherige Gesetz. Mit 1. März werden die beiden Städte in das allgemeine Wertzuwachsabgabengesetz einbezogen.

Die beiden Städte können aber zur Abgabenskala folgenden Zusatz

beschließen: Die Abgabenprozente erhöhen sich bei einer Wertsteigerung von über 50 bis 100 Prozent des Erwerbswertes um 3 Prozent, von über 100 bis 300 Prozent des Erwerbswertes um 6 Prozent und von über 300 Prozent des Erwerbswertes um 8 Prozent. In keinem Falle darf die Abgabe 30 Prozent des Wertzuwachses übersteigen. Bei einer Wertsteigerung bis zu 10 Prozent des Erwerbswertes ist keine Abgabe zu entrichten. Für die Ausnahme des Abgabengesetzes ist der gesamte Wertzuwachs einschließlich des abgabefreien Teiles von 10 Prozent maßgebend. Durch den Abzug der Wertzuwachsabgabe nach einer höheren Stufe darf für den Abgabepflichtigen vom Wertzuwachs niemals weniger erübrigen, als von dem höchsten unter die nächst niedrigere Stufe fallenden Wertzuwachs verbleiben würde.

Abg. Schnofl (soz.) stellt dazu den Antrag, daß sich die Abgabenprozente bei einer Wertsteigerung von über 300 Prozent des Erwerbswertes nicht um 8, sondern um 10 Prozent erhöhen sollen.

Das Gesetz wird mit dem Abänderungsantrag Schnofl beschloßen. Der Tag der nächsten Sitzung wird schriftlich bekanntgegeben.

Das Gespensterschloß.

Roman von L. Westlich.

(9)

„Hier muß das sein.“

Zur Linken lag ein Haufen abgekürzter Erdmasse, aus der Stücke halb vermoderter Holzstübe hervorragten. Die Deckenverschalung hatte sich auf der einen Seite bis auf den Boden gesenkt, eine schmale Spalte offen lassend, durch die eben ein Mensch sich zwängen konnte. Den Kriminalkommissär Neumann, der ein kräftig gebauter Mann war, kostete das Durchschlüpfen Mühe. Leichter folgten der zierliche Staatsanwalt und Rackow. Nach ein paar Metern verbreiterte sich der Raum zu einer unregelmäßigen, ziemlich hohen Grotte, die Raum für die ganze Kommission bot. Die Landjäger brannten die mitgebrachten Fackeln an, so daß grelles Licht den nächsten Umkreis bestrahlte und jede Zacke und Rippe des Gesteins scharf hervortrat. Der Boden war hier merklich höher als die Stollensohle und verhältnismäßig trocken. Und auf ihm neben der Wand rechts lag der Tote. Er lag auf dem Rücken. Das Gesicht, wie durch einen Keulenschlag förmlich zerquetscht, wies keine erkennbaren Züge mehr. Aber dunkles, lockiges Haar, wie es Foster hatte, umgab wirr den unbedeckten Kopf. Und zweifellos trug der Tote Fosters grünes Jagdgewand und am Zeigefinger der rechten Hand den Siegelring, der auf rotem Karneol den Namenszug K. F. zeigte. Fußabdrücke hatte der steinige Boden nicht bewahrt. Es war auch keine Waffe noch irgend eine Spur von eines zweiten Anwesenden in der Grotte zurückgelassen. Nur eine Hacke, ein Meißel und ein schwerer Hammer lagen neben der Leiche, Gerät, wie die Bergleute es zu ihrer Arbeit brauchen. Die Fläche des Hammers war überzogen mit einer klebrigen Masse. Vielleicht war mit ihm der furchtbare Schlag geführt worden, der das Gesicht des Toten zermalmt hatte. Eine kleine Höhle war dicht über dem Ermordeten in die Wand gehauen. Als Neumann mit der Laterne in die schwarze Öffnung leuchtete, stieß er einen leisen Ruf der Überraschung aus. Auf dem Boden schimmerten mit blindem Glanz zwei Silbermünzen und ein abgebrochenes Stück Bronze wie der Henkel einer Truhe, lag daneben. Sonst enthielt die Höhlung nichts. Das Silber der Geldstücke war schwärzlich angelauten, mit Grünspan überzogen. Trotzdem ließen sich die Jahreszahl und das Gepräge noch erkennen. Es waren längst außer Kurs gesetzte Silbertaler aus der Zeit des Großen Kurfürsten.

Nachdenklich betrachtete Bertold sie. Solltest wirklich, wie der Volksmund behauptet, Schätze in den alten Gruben verborgen liegen und Foster einen davon entdeckt haben? — Die Annahme würde stimmen mit dem Brief, den er am 27. Juni an die kleine Seeger geschrieben hat. Er wäre dann hierhergekommen —

— und von einem zweiten überrascht worden, der ihn ermordet und den Schatz mitgenommen hat,“ ergänzte Neumann.

„Gleich an einem der folgenden Tage mußte es geschehen sein.“

„Warum nicht in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli?“

Die beiden Männer sahen einander bedeutungsvoll an und der Staatsanwalt sagte ernst:

„Es wäre doch gut, Herr Kommissär, wenn Sie von Rackinger zu erfahren suchten, was für ein Gegenstand das war, den der junge Herr von Loveste ihm am Nachmittag des 6. Juli verkauft hat.“

Die Kommission verließ die Grotte. Mit Mühe schafften die Landjäger die Leiche durch den engen Zugang und legten sie auf die mitgebrachte Bahre.

Erst in Spreenhorst wurde das Protokoll über die Auffindung aufgenommen. Dann, während Kommissär Neumann nach Flußmünde zum Althändler Rackinger fuhr, nahm der Arzt mit seinem Assistenten die Obduktion der Leiche vor. Zwei Schußwunden ließen sich deutlich feststellen, jede einzelne unbedingt tödlich. Das eine Mal hatte die Kugel den Körper glatt durchschlagen und war im Rücken wieder herausgetreten. Die zweite Kugel hatte die Lunge durchbohrt und war im Rückgrat stecken geblieben. Aber seltsamerweise fanden sich trotz der schweren Verwundungen am Rock und an der Wäsche nur kleine und unbedeutende Blutflecke. Der Tod mußte durch innere Verblutung eingetreten sein. Vielleicht deuteten Quetschungen am Hals auch auf Strangulation unmittelbar vor dem Erschießen. Die Zersekung war zu weit vorgeschritten, um eine einwandfreie Feststellung darüber zu erlauben. Jedenfalls war nach Art der Verletzungen Selbstmord ausgeschlossen. Das ärztliche Zeugnis lautete auf Mord, erfolgt mutmaßlich vor vier bis sechs Wochen.

Inzwischen kehrte auch Neumann aus Flußmünde zurück. Aufgeregt und betroffen, wie es dem entschlossenen Mann selten widerfuhr, suchte er den Staatsanwalt auf, der ihn in seinem Amtszimmer im Gerichtsgebäude erwartete.

„Herr Staatsanwalt, nun wissen wir, was Baron von Loveste dem Rackinger am Nachmittag des 6. Juli zum Kauf angeboten hat. Münzen waren es, seltene alte Goldmünzen und Silbertaler aus des Großen Kurfürsten Zeit.“

„Münzen?! Alte Münzen?!“

„Sehr alte zum Teil. Kostbarkeiten für Sammler. Rackinger machte kein Hehl daraus. Da ein so nobler Herr sie ihm angeboten habe, erklärte er mir, so habe er doch keinen Argwohn fassen können. Und er habe dem Baron dafür neuntausend Mark auf den Tisch gezahlt. Das sei die Wahrheit. Man möge nur den Herrn Baron fragen. Es sei ein ehrliches Geschäft gewesen. Ihn treffe keine Schuld.“

Bertold tat einen tiefen Atemzug.

„Unter diesen Umständen, Herr Kommissär, sind wir verpflichtet, den Baron Arzel von Loveste sofort verhaften zu lassen.“

Der Assessor von Rackow fühlte sich durch die Verhaftung Arzels von Loveste wie vor den Kopf geschlagen. Der Junker, der einst sein Schwager werden sollte, war ihm nie sympathisch gewesen, ein Gewaltmensch, der seine Person und seinen Willen durchsetzte gegen jede sittliche und gesetzliche Hemmung. Aber ein Mörder und Räuber, ein raffinierter Heuchler und Lügner, zu dem seine durch nichts provozierte Erzählung von der nächtlichen Begegnung im Walde ihn stempelte, wenn er wirklich den Tod des unglücklichen Jägers verschuldet hatte, nein, als solchen sah Rackows Augen den Junker nicht. Die Indizienbeweise gegen ihn waren freilich niederschmetternd. Aber können nicht Indizien trügen? — Rackow erbat und erhielt die Erlaubnis, die Leiche und ihre Kleidungsstücke zu besichtigen. Lange hielt er den beschmutzten grünen Jagdrock in den Händen. Auf der linken Brust war ein kleines Loch mit versengten Rändern, diesem gegenüber im Rücken ein zweites, größeres, durch das die Kugel

nach Aussage des Arztes, nachdem sie das Herz glatt durchbohrt hatte, wieder ausgetreten war. Dieselben Löcher zeigte das Hemd. Auch waren Rock und Wäsche auf dieser Seite mit Blut besplekt — nicht mit so viel Blut, wie nach Art der Verwundung wahrscheinlich gewesen wäre, immerhin, Blut war ausgeflossen. Auch die rechte Seite des Rockes wies ein Loch auf, aber ohne versengte Ränder. Die Kugel mußte also aus weiterer Entfernung hindurchgefeuert sein als auf der linken Seite. Diese zweite Kugel war, nachdem sie die Lunge durchschlagen hatte, im Rückgrat stecken geblieben. Der Arzt hatte sie bei der Obduktion herausgelöst, sie lag auf einer kleinen Schale, das Geschloß eines normalen Jagdgewehres, das in viele Rohre passen mochte. Auffallend war nur, daß an der rechten Seite kein Tropfen Blut festzustellen war, nicht am Rock und nicht am Unterzeug. Hier lag ein Rätsel. Der Inhalt der Taschen bot nichts Bemerkenswertes — eine Zigarettenschale mit ein paar Zigarren, eine Geldbörse mit einigen zwanzig Mark in größeren und kleineren Münzen, ein Taschmesser mit eingraviertem Namen — keine Brieftasche und kein Feschen Papier.

In schweren Gedanken ging Rackow heim. Am liebsten würde er seine Mutter gemieden haben. Eine rätselhafte Freudigkeit in ihrem Wesen, die er seit dem Bruch seiner Verlobung langsam wachsend an ihr beobachtet, reizte und verletzete ihn.

Ihre schlaff herabhängenden Witwenschleier und Trauergewänder wogten jetzt, ihre gebeugte Gestalt hatte sich gerichtet. Und auch die Kunde von des jungen Lovestes Untat schlug sie nicht so nieder wie ihren Sohn. Ein schweres Unglück für die Familie, ja. Aber war wohl bessere Frucht zu erwarten von solch entartetem Stamm?!

In den vielen Whistkränzchen von Spreenhorst, die sie besuchte, war in den letzten Wochen manche Anspielung laut geworden über die häufigen Besuche des Assessors bei der Baronin Orlowa in Flußmünde und die riesigen Besitzungen, welche die Dame in Rußland haben sollte. Frau von Rackow hatte überlegen mißend dazu gelächelt. Nun dankte sie inbrünstig dem barmherzigen Gott, der in seiner Weisheit ihren Sohn mit sanfter Gewalt hinübergeleitet hatte von der seines Wertes unwürdigen und vermögenslosen Braut zu der anderen, deren Reichtum ihm das Fundament bieten würde, um den Namen Rackow darauf wieder zu der ihm gebührenden Höhe aufzurichten. In bezug auf die Gefühle der Polin hegte sie nicht den leisesten Zweifel und gar zu gern würde sie aus übervollem Herzen ihrem Sohne gegenüber von diesen Hoffnungen gesprochen haben. Seine finstere verschlossene Miene bannte an diesem Abend noch ihre Worte. Doch als sie am nächsten Morgen beim Frühstück ihm gegenüber saß, überwältigte sie ihr Gefühl. Sie mußte vor dem schwermütigen Sohne die verlockenden Zukunftsbilder ausbreiten, die ihre Mutterliebe ihr vorgaukelte.

Die Wirkung war eine unerwartete. Ihr geduldiger, wohlzogener Junge stieß seine Tasse zurück, daß sie klirrte und sprang in hellem Zorn auf seine Füße.

„Mutter! Mutter! — Verzeih' dir Gott! — Hättest du mich nicht blind und taub und blödsinnig geredet mit dem verruchten Ehrgeiz, den du mir als Pflicht gepredigt hast von Kindesbeinen an, so hätt' ich nicht dein Wort gebrochen, so würde ich in wenigen Monaten als Amtsrichter in eine kleine

Stadt ziehen, so wäre Irmgard mein geblieben und ich wäre ein glücklicher Mensch!“

Frau von Rackow war totenbläß geworden. Der leidenschaftliche Ausbruch, die keckerische Gesinnung klangen unheimlich fremd in diesen Räumen.

„Ernst! — Ernst! — Du könntest doch nimmermehr daran denken, der Schwester eines gemeinen Verbrechers unseren Namen zu geben!“

„Ich glaube nicht, daß Arzel schuldig ist. Aber wär er's hundertmal — was geht das mich, was geht das Irmgard an? Ja, Mutter, ich lieb' sie, wie nur ein Mann ein Weib lieben kann, werde sie ewig lieben! Mag ihr Vater ein Spieler, ihr Bruder ein Mörder sein, selig, überfelig wäre ich, könnte ich sie mein nennen!“

Frau von Rackows Augen füllten sich mit Tränen.

„Ernst, du tust mir weh, sehr weh.“

Ernst fuhr sich über die Stirn, sich fassend.

„Laß gut sein, Mutter. Ich will dir keine Vorwürfe machen. Was hülfte es auch. Der Würfel ist gefallen. Ich hab' ihre Liebe zu mir gemordet, mich elend gemacht, sie vielleicht auch. Das ist geschehen und nicht zu ändern. Aber — sprich mir nicht mehr von einem künftigen Glück für mich, nie, nie mehr, Mutter! Ich ertrag's nicht.“

Frau von Rackow seufzte tief und sank von neuem in sich zusammen. Sie sprach kein Wort weiter. Es tröstete sie aber, daß Ernst am Nachmittag wieder hinüber nach Flußmünde fuhr. Die Zeit, die allmächtige Zauberin, würde ihr Werk tun an dem Eigenstun ihres Sohnes, dachte sie. Und wenn er jetzt auch litt, es war gut, wie es war. Es war zu seinem Besten.

Ernst aber fuhr an diesem Nachmittag nur infolge einer Verabredung nach Flußmünde. Seine neue Freundin hatte sich gewöhnt, seinen Rat zu fordern, sei es in juristischen Angelegenheiten, sei es in der Frage der Anlage ihrer Gelder. In letzter Zeit nahm sie ihn häufig mit zu Diamanteinkäufen. Sie war von einer Leidenschaft für edle Steine besessen und obgleich Ernst ihr weder mit Kennertum noch Erfahrung in dieser Sache dienen konnte, bestand sie auf seiner Begleitung mit der Versicherung, daß sein angeborener Geschmack ihr sein Urteil wertvoll mache. Der unwiderstehliche Zauber aber, der ihn immer wieder zu ihr zog, war, daß er mit ihr über das gewaltige Gefühl sprechen konnte, das einzig seine Seele erfüllte. Auch die Baronin hatte ihre Erfahrungen in der Liebe, nicht durchaus glückliche. Eine große Leidenschaft schien ihr wie sein Herz zu erfüllen. Und wenn sie beieinander in dem wunderbar unordentlichen, überladenen Salon saßen, hielten sie, jedes für sich, wehmütige Selbstgespräche über ihre Empfindungen, aus denen nur ab und zu ein Funke von einem zum andern hinübersprang und in dessen vor gleichem Brennstoff überlastetem Gemüt zündete.

Heute vermochte Ernst an nichts zu denken, als an Arzel von Lovestes Verhaftung. Wie würde der alte Baron sich dazu stellen? Wie Irmgard? Und wie würde ihr Mann, der vornehm zurückhaltende Graf Plant, den Schimpf ertragen? Immer wieder sah er den grünen Rock mit den Schußöffnungen vor sich, dem rätselhaften Einschloß auf der rechten Seite, der kein Blut hatte fließen machen. Ueber diese Schüsse konnte er nicht klar werden. Zweimal wollte Arzel von Loveste sein Jagdgewehr abgefeuert haben, das zweite Mal ins Dunkel des Stollens. Und zwei Schüsse wies Fosters Leiche. Man hätte also annehmen

Unsere Jugend.

Die Kreiskonferenz der Kinderfreunde.

Sonntag, den 10. März, fand in Sankt Pölten im Gasthause Gruber am Schießstand die diesjährige Kreiskonferenz des sozialdemokratischen Schul- und Erziehungsvereines „Freie Schule-Kinderfreunde“ statt. Vom Zentralverein war Genosse Bock aus Wien und für die Kreispartei Gen. Keitmaier erschienen. Unter dem Vorsitz des Genossen Wendt (Krems) erstattete Kreisobmann Genosse Kopatschka (St. Pölten) einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des abgelaufenen Vereinsjahres, aus dem zu ersehen ist, daß die Kreisorganisation hinsichtlich der Mitgliederbewegung (derzeit 3650 Mitglieder) durch eine Werbekaktion im Erstarken begriffen und auch innerlich sehr viel opfervolle Arbeit im Dienste des proletarischen Kindes geleistet worden ist. Im Kreisgebiete wurden im Jahre 1928 nicht weniger als 296 Wandervandern mit 11.633 Kindern durchgeführt, sonstige Veranstaltungen fanden 102 mit 17.491 Kindern statt. Auch die Bewegung der „Roten Falken“ ist in gesunder Entwicklung begriffen. Rühmend anzuerkennen ist auch das Verhältnis zwischen Kinderfreunden und Arbeiterturnern. Die Einnahmen der Gruppen sind gegen das Vorjahr beträchtlich gestiegen und hervorgehoben verdient zu werden, daß sowohl die Partei als die Gewerkschaften auf der einen und die sozialistischen Gemeindeverwaltungen auf der anderen Seite in Anerkennung der hohen Ziele namhafte Subventionen gewährt haben. Allen Gemeinden des Kreises voran steht natürlich die Gemeinde St. Pölten, die den Kinderfreunden insgesamt 6720 Schilling im Baren zuwendete, die Heime 1 und 2 in St. Pölten beistellt und zum Bau des Kinderheimes in Spratzern außerdem noch 12.000 Schilling als Baubehilfe geleistet hat. Von den Herbergen muß die in Krems als musterbildend bezeichnet werden; sie hatte in der Zeit von Juni bis September 1928 eine Besucherzahl von 1640 aufzuweisen, für welche ansehnliche Leistung den Kremsgenossinnen und Genossen der wärmste Dank gebührt. Die Herberge Gupwerk ist zu wenig bekannt und frequentiert. Im Berichtsjahre fanden zwei Kurse im Kreisgebiete statt, ein minder gut besuchter in Amstetten, ein gut besuchter in Hohenberg. Die Wanderlehrer Böhm er und Kupp haben in vielen Gruppen gewirkt und es wird sich auch fürderhin die Kreisleitung bemühen, des öfteren Wanderlehrer in die einzelnen Gruppen zu bringen. An der Wiener Jugendweihe war der Kreis St. Pölten mit 440 Kindern vertreten, von denen die Hälfte für mehrere Tage zu Gast bei Wiener Genossen blieb. Das Büchereiwesen hat, vor allem dank der Spenden der Gewerkschaften, einen namhaften Aufstieg erfahren. Leider mußte der Zeitungspreis auf 7 Groschen erhöht werden, um unsere gut geführte Kinderzeitung, die in vielen Gruppen das wertvollste Bildungsmittel ist, zu erhalten. Die Kreisleitung selbst hat ihre Tätigkeit in zehn Vorstandssitzungen und einem regen Briefwechsel, der an Einläufen 902 und an Ausläufen 1112 Poststücke zählt, abgewickelt. — Dieser Bericht wurde mit lebhaftem Beifall zur Kenntnis genommen und dem Gen. Kopatschka für seine treffliche Arbeit der herzlichste Dank der Konferenz ausgesprochen. Nach einer kurzen Debatte wurden zwei Anträge, der erste von der Kreisleitung, der zweite von der Gruppe Wilhelmsburg gestellt, einstimmig angenommen:

1. Der Beschluß der Kreiskonferenz vom Jahre 1926, wonach der Kreis einen Erziehungsbeitrag zu bestellen hat, wird erneuert. Dieser Erziehungsbeitrag soll aus beruflichen Erziehern (Lehrern) unter dem Vorsitz des Kreisobmannes bestehen. Er soll sich erweitern aus Erziehern und sonstigen Genossinnen und Genossen, welche erfolgreich in den Gruppen tätig sind. Die Beschlüsse des Beirates müssen vom Kreisvorstand genehmigt werden. Die anfallenden Kosten trägt der Kreis.
2. Die Kreiskonferenz erhebt Protest gegen den Beschluß des Landesjugendamtes, wonach für jeden einzelnen Teilnehmer an einer Bahnfahrt, resp. bei Wanderungen ein Betrag von 10 Groschen zu leisten ist. Unter einstimmiger Annahme wurden folgende Genossen in die Kreisleitung des Vereines gewählt: Obmänner: W. Kopatschka (St. Pölten, Viktor Adlerstraße 66) und J. Wendt (Krems); Kassier: F. Zapletal (St. Pölten); Schriftführer: S. Fugger (Hainfeld); Falkenführer: F. Feldhofer (Traisen); Kontrolle: R. Neumann (St. Pölten 2), A. Schicho (Wiefhofen), A. Gubisch (Sprakern); Beisitzer: R. Widl (St. Pölten 1), J. Schmiebinger (Krems), Th. Walla (St. Pölten 1), L. Zeitl (Wilhelms-

burg), W. Pichowek (Hainfeld), J. Piller (Neuda), S. Horwath (Hohenberg), J. Graf (Amstetten), J. Haslinger (Türnau). Nach vollzogener Neuwahl hielt der Vertreter der Zentrale, Genosse Bock, ein vorzügliches Referat über das passend gewählte Thema „Der Gegner“, in welchem er, ausgehend von den Methoden des Klerus und der nationalen Vereine, darlegte, wie sehr auch wir Einfluß auf die Gestaltung der in alten Bräunern wurzelnden Volkseinstellung gewinnen müssen, um das bittsame Gefühlleben unserer Kinder statt in bürgerliche in sozialistische Gedankengänge zu lenken. Lebhaftige Zustimmung lohnte die wohlbedachten Worte, die gewiß tiefen Eindruck machten. Nachdem nachmittags in reger Debatte der Entwurf der neuen Statuten genehmigt, die Mandatsdauer der Funktionäre auf zwei Jahre festgesetzt und Vereinsangelegenheiten der Gruppen behandelt wurden, wurde die Konferenz, die im besten Sinne eine Arbeitskonferenz war, geschlossen. „Freundschaft!“

Kreiskonferenz der Jugendlichen.

In einer prächtigen Tagung hat am Sonntag, den 10. März, die Kreisorganisation St. Pölten des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Rückschau über das abgelaufene Jahr gehalten. Es waren 92 Delegierte, Burtschen und Mädel aus allen Teilen unseres Wahlkreises erschienen und außerdem 12 Gäste. Wer die jungen Menschen, die an dieser ersten Beratung teilnahmen, gesehen hat und das Interesse, womit sie den Verhandlungen beiwohnten, gebührend würdigt, der empfindet ein erhebendes Gefühl, weil er weiß, daß hier eine neue Generation für unsere Bewegung heranwächst, die die Gewähr bietet, daß das Erbe der Väter nicht verworfen, sondern getreulich weiter verwaltet werden wird. Und wie sehr unterscheiden sich diese Menschen schon rein äußerlich von den Mitgliedern der „klerikalen Burtschvereine“ und „Mädchenkongregationen“, denen das „Demutswolle“ und die „Unfreiheit“ deutlich auf der Stirne steht. Hier die Kraft und der Kampf, dort die „geistige Gebundenheit“ und „Unfreiheit“.

Die Konferenz wurde um 9 Uhr vom Kreisobmann Genossen Pfeffer eröffnet. Als Gäste konnte er begrüßen den Vertreter der Internationalen Jugendorganisation Genosse Heinz, für den Verbandsvorstand Kleinert, beide aus Wien, für die Kreisorganisation Müllner, für die Bezirksorganisation St. Pölten-Stadt Bürgermeister Schnösl, der die Tagung auch im Namen der Gemeinderatsmehrheit und als Bürgermeister begrüßte.

Die Tagesordnung enthielt außer Berichten der Kreisfunktionäre ein Referat unseres Genossen Bretschneider, 40 Jahre Hainfeld, einen Bericht über den Internationalen Jugendkongress im Jahre 1929 in Wien, den Genosse Heinz erstattete und schließlich die Neuwahl der Kreisleitung.

Aus dem Bericht der Kreisleitung, den Genosse Pfeffer erstattete, ist hervorzuheben, daß in 8 Jugendbezirksorganisationen insgesamt 44 Jugendgruppen mit 1882 Mitglieder bestehen. Die Zahl der Gruppen hat sich gegen das Vorjahr um zwei vermehrt. In der Jugendorganisation sind 274 Genossen und 67 Genossinnen als Funktionäre tätig. Die geleistete propagandistische Arbeit der Jugendorganisation ist so reich der Gradmesser für die geistige Reife, die dort herrscht. Es wurden im Jahre 1928 1836 Veranstaltungen abgehalten, so daß auf eine Gruppe im Durchschnitt 41 Veranstaltungen entfallen; das ist eine Höchstleistung! Und reichhaltig und vielgestaltig sind diese Veranstaltungen. Jugendfeste wurden 5, Referate 127, Vorträge 114, Kurse 69, Lichtbildervorträge 18, Vereinsabende 267, Diskussionsabende 50, Mädchenabende 52, Feiern und Feste 58, Sprechchorproben 316, Musik- und Gesangsabende 130, Spielabende 254, Reigenabende 72, Ausflüge 253 veranstaltet. Besondere Erwähnung verdienen die Jugendfeste, aus der schon eine Anzahl tüchtiger Kräfte und Verwaltungsfunktionäre hervorgegangen sind. Die Organisation hat auch auf dem Gebiete des gesetzlichen Jugendschutzes eine überaus wirksame Tätigkeit entfaltet. Der Kreisjugendtag von Waidhofen war von großer propagandistischer Wirkung.

Den Kassabericht erstattete Genosse Schuster. Die Einnahmen betragen 6740.68 S., die Ausgaben 6262.91 S., sodas ein Kassarest von 477.77 S. verbleibt. Das Reinvermögen der Kreisleitung beträgt 562.66 S.

Namens der Kontrolle wird berichtet, daß alles in musterhafter Ordnung sich befindet. Der Kreisleitung wird nach kurzer Diskussion, an der sich mehrere Redner beteiligten, Dank und Anerkennung ausgesprochen und dem Kassier die Entlastung erteilt.

Hierauf erstattete Genosse Ludwig Bretschneider ein Referat über 40 Jahre Hainfeld. Schon als Bretschneider aus Rednerpult trat, wurde er von den Jugendlichen mit stürmischem Jubel begrüßt. Sein überaus erstes und instruktives Referat über die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung von Hainfeld und über den Parteitag selber schlug die Jugendlichen völlig in den Bann. Und als Bretschneider endete, erscholl langanhaltender stürmischer Beifall.

Nach ihm erstattete Genosse Heinz den Bericht über den Internationalen Jugendtag. Er verwies auf die Bedeutung dieser Zusammenkunft für den „Internationalen Gedanken“ und erwähnte, daß es gelte, die ausländischen Gäste würdig zu empfangen und ihnen die Leistungen der österreichischen So-

zialdemokratie zu zeigen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Petersilka, Göd, Lindner, Kappel, Siz und die Genossinnen Wiesinger und Tilk. Die beiden Genossinnen sind viel versprechende Talente für die Frauenorganisation und wurden, die eine wegen ihrer ruhigen Sachlichkeit, die andere wegen ihres Temperaments mit großer Aufmerksamkeit angehört.

Hierauf erfolgte die Wahl der Kreisleitung, in die die Genossen Kohberger, Schneider, Hacker, Floh, Ruzgruber, Schwanda, Schmelzer, Kritschek und Kugelberger sowie die Genossinnen Tilk, Wiesinger und Eisner entsendet wurden.

Dem Kreisobmann Gen. Pfeffer, dem Kassier Schuster und noch anderen 5 Genossen und Genossinnen, die infolge ihres Alters aus der Kreisleitung ausschieden, wurde vom Genossen Kohberger und Müllner unter dem lebhaften Beifall der Konferenz der Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Insbesondere der langjährige Kreisobmann Genosse Pfeffer hat sich um die Führung der Jugendorganisation große Verdienste erworben.

Mit der Annahme einer Resolution, in der die Einleitung einer Werbekaktion, die Veranstaltung einer Rednerschule, der Ausbau der Kolportage und die Vorbereitungen für den Internationalen Jugendtag in Wien beschloffen wurde, fand die Konferenz nach einer eindrucksvollen Schlußrede des Genossen Pfeffer unter großer Begeisterung ihren Abschluß. — Mit neuem Rüstzeug zu neuer Arbeit ausgestattet, kehren die Jugendlichen in ihren Wirkungskreis zurück.

Gruppe Amstetten—Waidhofen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Der Gruppentag, welcher am 17. Februar in Amstetten stattfand, brachte die erfreuliche Gewißheit, daß es auch hinsichtlich der Körperkultur der Arbeiterklasse allüberall mächtig nach aufwärts geht. Es war eine wahre Freude, die Vertreter der einzelnen Vereine unseres Gebietes schlicht aber inhaltsvoll berichten zu hören. Wo solche Kräfte und soviel Hingabe und Begeisterung wirkt, da kann man stolz in die Zukunft in unsere Zukunft schauen!

Die Neuwahl der Gruppenleitung ergab: Als Obmänner die Genossen Franz Gruber (Amstetten-Greinsdorf) und Alois Weber (Rosenau); als Kassiere Fritz Reisinger (Rosenau) und Franz Schmalzhofner (Rosenau); als Schriftführer Karl Mollerer (Waidhofen) und als Kontrolle Franz Forster (Rosenau) und Eduard Grimus (Kematen).

In den technischen Ausschuss wurden gewählt: Als Männerturnwarte Pichler Franz und Kneidinger; als Frauenturnwarte Huber Anton und Hammer Hans; als Kinderturnwarte Huber Adolf und Tagreiter Franz; als Wehrlturnwart Vorlauser Erwin; als Winterturnwart Mollerer Karl; als Sommerturnwart Ramskogler und Paster; als Spielwarte Schaumberger und Geißler; als Wasserturnwart Pramauer.

Die Amstettner Turn- und Sportgenossen feiern am 29. und 30. Juni 1929 den zehnjährigen Bestand ihres Vereines. Es wurde beschlossen, in Verbindung mit dieser Feier ein Gruppen-Turnfest in Amstetten abzuhalten. Auf, Turn- und Sportgenossen, zu noch gesteigerter Arbeit, zu weiteren Erfolgen! — „Frei Heil!“

Nachricht!

Sonntag, den 16. März 1929, 14 Uhr, findet in der Kinderheimstätte zu Amstetten eine Turnwarte-Konferenz statt. Da es sich um die Durchführung der diversen Beschlüsse des Gruppentages handelt, haben sämtliche Vereine vertreten zu sein.

Gutenberg-Buchdruckerei
St. Pölten, Franziskanergasse 6
Durchführung sämtlicher Druckerarbeiten

Volkswirtschaft.

Rindermarkt. (Wien, 12. März.) Auftrieb: 1926 Stück Mastvieh und 358 Stück Beinvieh u. zw. 1347 Stück Ochsen, 476 Stück Stiere, 459 Stück Kühe und 2 Stück Büffel. Inlandsvieh 1124 Stück. Ungarn 213 Stück. Tschechoslowakei 92 Stück. Jugoslawien 58 Stück. Rumänien 797 Stück. Es notierten: Ochsen von 1.10 bis 2.—, Eßgram bis 2.20, Stiere von 1.10 bis 1.45, Kühe von 1.05 bis 1.30, Büffel von —.95 bis — und Beinvieh von —.65 bis 1.05 alles in Schillingen pro kg Lebendgewicht.

Landwirtschaftliche Produktenbörse. (Wien, 11. März.) Ähnlich notieren inländische Ware pro 100 kg ab Wien einschließlich Warenumschlagsteuer: Weizen S 36.75 bis 37.50, Roggen 35.25 bis 36.—, Braugerste 40.50 bis 41.50, mittel 37.— bis 38.—, Futtergerste 33.50 bis 34.—, Hafer inländisch 35.— bis 35.25.

Wiener Gärtner Frühmarkt. (12. März.) Auf dem Karloffelmarkt wurden gelbe zu 20 g, Äpfel zu 34 bis 38 g und Süßholzwurzel zu 36 g pro Kilogramm abgegeben.

Buttermarkt. (10. März 1929.) Prima österreichische pasteurisierte Molkereibutter S 7.20 bis 7.30, gewöhnliche österreichische Molkereibutter 6 bis 6.40, Prima Landbutter 5.40 bis 5.80, mindere Beschaffenheiten Landbutter 4.80 bis 5.—, paketeierte Butter 7.70, Kochbutter 4.80 bis 5.—

Bericht des St. Pöltner Holzmarkts vom 7. März 1929. Am dieswöchentlichen Holzmarkt, welcher auf besucht war, gelangten zum Abschluß 3 Waggon Bauware 20 und 26 mm zu S 63.—, 1 Waggon 50 mm sägertüchtig zu S 75.—, 2 Waggon Buchenbretter 26 mm breite Ware zu S 80.—, 100 Rm weiche Scheiter zu S 14.—, 200 Rm Buchenscheiter trocken 1. Kl. zu S 18.—, 2. Kl. zu S 16.—, 2 Waggon weiche Scheiter trocken zu S 8.60 und 4 Waggon Buchenscheiter feischer Schlägerung zu S 2.40 per 100 kg.

Gesucht wurden alle Sorten und Dimensionen: Fi. La. Schmittware und Rundholz, ferner Kle-La.-Bü.-Eichen-, Ahorn- und Eichenrundholz, Fb.-Stäffel, Waggonbaudielen, Fi.-La.-Kantholz, nach Liste, Hobler, und alle Sorten Brennholz.

Angeboten wurden früher Einschmitt aus Fi.-La.-Bü. Eichen- und Eichenrundholz, ein Waggon Eichenmittware trocken, Kle.- und Pö. Schwellen, 4 Waggon 20 und 25 mm Bauware franko deutscher Grenze, zirka 1000 fm Kle. Langholz und 150 fm La.-Langholz ab Erntbrunn. 10 Waggon Fi.-Langholz ab Lunz am See.

Durchschnittspreise gegen Vorwoche unverändert.

Verbreitet die „Eisenwurzeln!“

Schlecht gedeckter Rückzug.

Die traurigen Helden die sich vermaßen, einige unserer führenden Umfektner Parteigenossen in denkbar unsauberster Art in der „Ybbsstolzzeitung“ zu verunglimpfen, haben von uns eine ebenso empfindliche wie verdiente Züchtigung erhalten. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß diese Züchtigung auch den Beifall weiter bürgerlicher Kreise gefunden hat und daß diese Kreise mehr noch als bisher von jener wenig rühmlichen Stammschande des Gasthauses Todt abgerückt sind.

Auch unsere ernsthafte Ankündigung, daß wir — wenn auch nur ungern und vorübergehend — diesen Leuten mit ihren eigenen Waffen antworten und ein packendes „Sittenbild von Umfektner und Umgebung“ entwerfen werden, hat voll auf die beabsichtigte Wirkung erzielt. Einerseits weil diese Ankündigung große und begriffliche Angst bei gar mancher Umfektner christlichsozialen „Größe“ persönlich ausgelöst hat, andererseits weil sich ihre eigenen Anhänger bestürzt gegen die famose Führung wandten, durch die sie eine Blossstellung in jeder Art — persönlich und politisch — befürchteten, blafen

nun die armseligen Landsknechte der Verleumdung, denen das Herz in unaussprechlicher Form an eine unaussprechliche Stelle fiel, zum Rückzug, den sie nur schlecht verhüllen können. Die Freude am „deutlicher reden“ ist diesen Wegelagerern vergangen und einem feigen Gewinsel um Pardon gewichen, als sie sahen, daß wir nicht zu scheuen und auch den Sinterhalt nicht zu fürchten haben, im Gegenteil gewonnen sind, mit entschlossener Kraft in die giftige Brüstung der Schlangen zu greifen.

Das Recht des Delinquenten ist es, sich zu seiner Verteidigung auch der Unwahrheit zu bedienen und begrifflich ist es, daß der Geschlagene seinen Rückzug zu decken und zu maskieren sucht. Hiedon machen die Umfektner Berichterstatter der „Ybbsstolzzeitung“ reichlichen Gebrauch. Sie wollen nämlich die Dinge so darstellen, als ob wir es gewesen wären, die in den politischen Kampf die häßliche persönliche Note getragen und in das private und Familienleben des Gegners gegriffen hätten. Dazu ist nur zu sagen, daß es noch keine „Eisenwurz“ gab als schon längst die Umfektner Arbeiter-

schaft und ihre Führer von der „Ybbsstolzzeitung“ auf das schändlichste besudelt wurden! Es gab auch noch zu der Zeit keine „Eisenwurz“, als das schamlose Aktionskomitee der Einheitsliste — man erinnere sich doch — bei den Wahlen im April 1927 hundertfach jenes unqualifizierbare Plakat anschlagen ließ, das ein großes Kainel darstellte, welchem es sagen ließ: „Ich wähle sozialdemokratisch“!

Wir sind noch nie zu solchen Bauhalsbeschimpfungen des Gegners gelunken und wollen und werden es nicht. Wir haben auch den einzelnen Gegner nie persönlich, sondern nur in der Sache bekämpft. Wenn wir uns gegen die unterschiedlichen Hölzer mit sachlicher Schärfe und mit heißendem Witz gewendet haben und es nach Bedarf auch weiterhin so halten wollen, so gewiß nicht deswegen, weil uns die Person eines solchen Hölzer so wichtig und ein-er Raumverschwendung wert erschienen wäre, sondern nur deswegen, weil es galt, den verderblichen, ja verbrecherischen Ausstreunungen dieser Heimwehrapostel und Bürgerkriegsbeher das gewissenlose Handwerk dadurch zu legen, daß man sie ihrer groben Lügen und ihrer geistigen Unzulänglichkeit überführt. In das private oder gar in das Leben der Familie eines Gegners haben wir aber nie und nirgends noch gegriffen,

ebensowenig als wir jene Gegner „verrissen“ haben, die ihre sachliche Gegnerschaft noch im Rahmen des primitiven Anstandes halten. Der schrankenlose Ausbruch und die Orgie der niederrsten Inflinke blieb der „Ybbsstolzzeitung“ vorbehalten, die zwar nach ihrer Zurechtweisung gewissermaßen Besserung verspricht, eine Besserung aber, die sich nicht so sehr auf eine edlere Erkenntnis des Unrechtes als nur auf die praktische Erkenntnis der Strauchritter stützt, daß sie auch in einem Kampf, den sie aus dem Sinterhalt und mit vergifteten Pfeilen führen, den Kürzeren ziehen würden. Vorläufig hat unsere Drohung mit der Rute gewirkt. Dessen sind wir zufrieden. Würden aber die Herren Duben wieder einmal derart übermütig und rücksäufig werden, dann werden sie nicht mehr nur die Drohung sondern schon die Rute selbst zu spüren bekommen!

„Perlen soll man nicht vor die Schweine werfen“ — so zitiert die „Ybbsstolzzeitung“ ein Sprichwort, das sich offenbar gegen sie selbst richtet. Wir stimmen mit diesem Zitat dem Berichterstatter zu, der zwar keine Perle ist und keine Perlen hat, dafür aber zur unnützlichen Warte jener nützlichen Tiere zählt, vor die man Perlen nicht werfen soll

Stadt- und Landpoit aus der Eisenwurz

Amstetten. (Heimatjah „Eisenwurz“.) Zu der in unserer letzten Nummer unter der Marke „Eine Belehrung“ erschienenen Notiz teilt der Verkehrs- und Wirtschaftsverband Ybbs mit:

Landeshauptmann Dr. Buresch hat das Ehrenpräsidium angenommen, ebenso Bürgermeister Kersch der Stadt Amstetten, der Bezirksschulrat hat beide Schulen für Zwecke der Ausstellung mit Zustimmung des Ortschulrates bewilligt. Zur vorbereitenden Besprechung am 27. Februar in Amstetten waren die Mitglieder des Verbandes und die Vertreter der Stadtgemeinde und des Ortschulrates geladen und erging in den Blättern die Einladung an die „interessierten Kreise“, derselben beizuwohnen, eine politische Partei wurde nicht geladen, nämlich besonders, obwohl wir auf der Ausstellung und auch im Ausschusse die Arbeiterschaft, die gewiß sehr Bedeutendes in ihren Sportorganisationen auch in unserem Tale leistet, gerne begrüßen würden. Es ergeht nun an alle jene Kreise, die im Ausstellungsausschusse mitarbeiten wollen oder sich an der Ausstellung beteiligen werden hiermit die Einladung zu der Donnerstag den 21. März um halb 8 Uhr abends im Hotel Hofmann stattfindenden ersten Sitzung des Ausstellungsausschusses. Berichterstatter Dr. Stephan. In dieser Sitzung wird der Ausschuss konstituiert und werden die einzelnen Unterausschüsse gebildet. Weitere Einladungen werden nicht ausgesandt.

Amstetten. („Arbö“, Sektion Motorfahrer, Ortsgruppe St. Pölten.) Samstag, den 16. März 1929, findet die Jahrestagung in Amstetten, Uffikus Gasthof, Wienerstraße 91, statt. Beginn um halb 8 Uhr abends. Sämtliche Arbeiter-Motorfahrer von Amstetten und Umgebung sind eingeladen und werden gebeten, bestimmt zu erscheinen. Von der Ortsgruppenleitung St. Pölten wird Genosse Thumyer anwesend sein.

Amstetten. (Freiheit, die sie meinen.) In einer der letzten Nummern des „Vot“ von der Ybbs“ wurden Klagen über die christlichsoziale Pöschawirtschaft bei den Lehrereinnahmen an Hand einer Reihe konkreter Fälle im Schulbezirk Amstetten geführt. Daß diese Klagen nur allzu berechtigt sind, steht außer jedem Zweifel und Aufgabe aller aufrechten Männer wäre es, gegen diese widerliche, schädliche und willkürliche Pöschawirtschaft in aller Öffentlichkeit anzufechten. Wie sehr der Lehrstand entwürdigt wird, möge aus einem Beispiel ersehen werden, das sich in Amstetten jetzt wieder ereignet hat. Der großdeutsche Lehrer Oberleitner, welcher seit 14 oder 15 effektiven Dienstjahren noch immer keine definitive Stelle erhalten konnte, ist zur christlichen Lehrergewerkschaft übergetreten, damit er endlich die definitive Anstellung erlangt. Das spricht Bände für die nackte Willkür der Christlichsozialen, Bände für die systematische Entwürdigung der Lehrerschaft, Bände für die Hintansetzung sachlicher Schulinteressen, Bände schließlich für Treu und Glauben, die doch zumindest zwischen Koalitionsbrüdern herrschen sollten, wenn beide gemeinsam schon glauben,

Sozialdemokraten überall ausschließen zu können. In solchen Beispielen wird offenbar, wie krank und verpestet die österreichische Verwaltung ist und wie wenig die Herren der Einheitsliste ein Recht haben — über den sagenhaften Terror der „Autromarzipan“ zu zetern!

Amstetten. („Unter der blühenden Linde“.) Das erfolgreiche, einzigartige Volksliederspiel „Unter der blühenden Linde“ von Ed. Freuntbaltler und M. Bukovics wird der Männergesangsverein Waidhofen a. d. Ybbs in der nächsten Zeit neuinstrumentiert und neuinszeniert in Amstetten wieder zur Aufführung bringen. Wer nur einmal Gelegenheit hatte, dieses prächtige Spiel zu hören und zu sehen, wird unergiebliche Eindrücke empfangen haben und die Gelegenheit mit Freude begrüßen, wieder einmal „Unter der blühenden Linde“ bei Lied, Spiel und Tanz verwellen zu können.

Amstetten. (Polizeibericht.) (Fahrerddiebstahl.) Am 8. März d. J. wurde dem Zimmermannsgehilfen Josef Strobl aus Habersdorf sein Fahrrad im Wert von circa 200 Schilling, welches er vor dem Geschäft Umgeher in der Adaggerstraße ohne Aufsicht stehen ließ, gestohlen. Nachdem der Bestohlene bei der städt. Polizei die Anzeige erstattet hatte, wurden sofort die umliegenden Gendarmerieposten telephonisch von dem Diebstahl verständigt und schon eine halbe Stunde später wurde der Fahrraddieb durch die Gendarmerie in Blindenmarkt ergriffen und das Rad sichergestellt. Dieser Fahrraddieb heißt Alois Speiser, ist Fleischergehilfe aus Neuchters bei Hohenkirkbrunn und wegen Fahrraddiebstahls bereits schon mit acht Monaten vorbestraft.

(Viehpaßfälschung.) In der letzten Zeit haben sich Fälle ergeben, daß Viehpaße, weil der Fleischerhauer die Tiere nicht zur vereinbarten Zeit abgeholt hat, am Ausstellungsdatum verfälscht und behufs Gültigkeit verlängert wurden. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine solche Verfälschung unter Umständen zu einem Verbrechen werden könnte, weil der Viehpaß eine öffentliche Urkunde ist und eine eigenmächtige Abänderung darauf ungeahnte Folgen nach sich ziehen könnte.

Amstetten. (Vom Zuge getötet.) In der Nacht vom 7. zum 8. März wurde der Dachdeckergehilfe Karl Hinterleitner, 25 Jahre alt, Sohn des Oberbauarbeiters Leopold Hinterleitner, beim Ueberqueren des Geleises bei Kilometer 1,6 der Rudolfsbahn von einem Zuge erfasst und getötet. Hinterleitner dürfte, von der Siedlung kommend, an der Stelle, wo der Ybbsdamm mit dem Bahndamm zusammenstößt, versucht haben, die Geleise zu übersehen, um seine Wohnung, das Wächterhaus Neußere Wieden 55, zu erreichen. Hierbei wurde er wahrscheinlich von dem aus Waidhofen kommenden Güterzug niedergestoßen und erlitt Schädelbrüche, Abtrennungen der Gliedmaßen und andere schwere Verletzungen, die jedenfalls den sofortigen Tod zur Folge hatten. Es kann angefaßt dieses Unfalles, bei welchem bedauerlicherweise der Mann seine Unvorsichtigkeit mit dem Tode bezahlen mußte, nicht genug vor dem Ueber-

schreiten des Bahnkörpers gewarnt werden. Besonders zwischen Siedlung und Neußere Wieden scheint das Passieren der Geleise schon zu einem Gewohnheitsrecht geworden zu sein. Es wäre sehr zu empfehlen, den Anordnungen des Bahnpersonals und der Sicherheitsorgane Folge zu leisten, nicht nur um einer Bestrafung zu entgehen, sondern auch um vor solch traurigem Schicksal bewahrt zu bleiben.

Schönbichl. (Generalversammlung.) Die Lokalorganisation hielt am vergangenen Sonntag ihre Jahresversammlung ab, die einen glänzenden Besuch aufzuweisen hatte. Aus den Berichten ist zu entnehmen, daß die Lokalorganisation am 30. Juni 1928 mit 3 Frauen und 15 Männern gegründet wurde und heute einen Stand von 18 Frauen und 43 Männern aufzuweisen hat. Die Kontrolle berichtet, daß die Gebahrung in vollster Ordnung befunden wurde und beantragt die Entlastung des scheidenden Ausschusses. Die Berichte wurden zur Kenntnis genommen und die Entlastung erteilt. In den neuen Lokalaussschuss wurden die früheren Funktionäre mit wenigen Änderungen wiedergewählt. Bezirksvertrauensmann Genosse Hammer sprach über den Kampf im Dorf sowie über die kommenden Gemeinderatswahlen und über die Parteipresse. Ubg. Genossin Graf sprach über die Stellung der Frau in der bestehenden Gesellschaftsordnung sowie deren Rechte. Die Ausführungen fanden reichen Beifall.

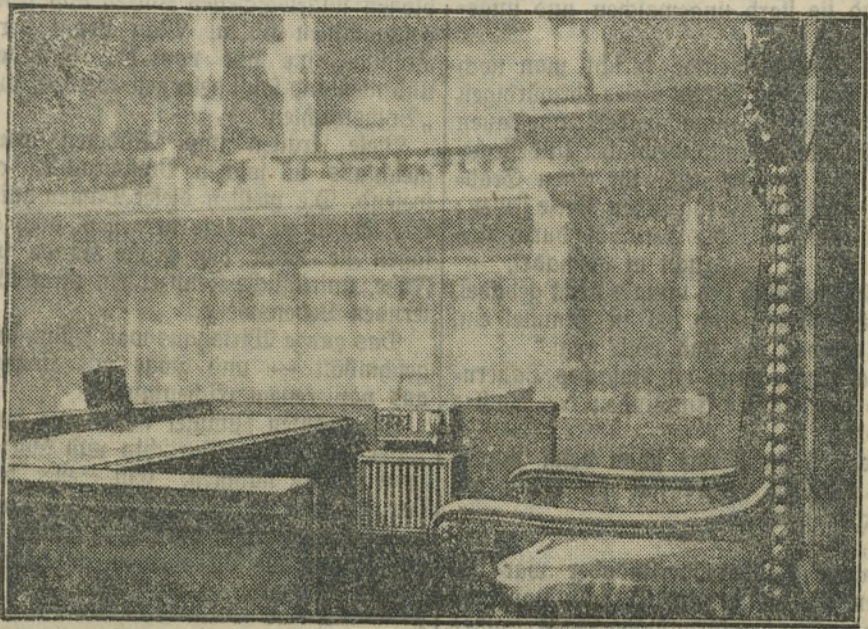
Wallsee. (Ein Jahr Organisation.) Unsere junge Lokalorganisation hielt am 3. März 1929 ihre erste Jahresversammlung ab. Nach der Begrüßung der zahlreich erschienenen Genossen und Gäste durch den Obmann Gen. Reichardt verliest Schriftführer Haider das letzte Versammlungsprotokoll, welches genehmigt wird. Hernach erstattete Kassier Wögerbauer den Kassenbericht. Die Kontrolle bestätigte dessen Richtigkeit und beantragt die Entlastung des Kassiers. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Dem nun folgenden Berichte des Obmannes Gen. Reichardt konnte man entnehmen, daß die Lokalorganisation im vergangenen Jahre eine rege Tätigkeit entfaltet und Erfreuliches geleistet hat. 12 Monatsversammlungen, 15 Ausschusssitzungen, das Gründungsfest, ein Funktionärkurs, eine Republik- und eine Weihnachtfeier, zwei Konferenzen usw. wurden abgehalten. Nach Beantwortung einiger Anfragen durch den Vorsitzenden wurde an die Neuwahl des Ausschusses geschritten. Sie ergab die Wahl folgender Genossen: Obmann Karl Reichardt, Stellvertreter Michael Brunner, Kassier Wögerbauer, Stellvertreter Raimberger, Schriftführer Haider, Stellvertreter Franz Glaninger, Rotporteur Leopold Anselgruber, Kontrolle Alois Starzer, Hans Glammer und Rajsi Walch. Nach einem Aufruf des Obmannes Reichardt an sämtliche Anwesenden, auch im heurigen Jahre einig und geschlossen für die Lokalorganisation zu arbeiten und zu kämpfen, schloß der Obmann die Versammlung.

Hausmening. (Generalversammlung.) Sonntag, den 24. März, findet in Pollands Gasthaus in Neujurt unsere

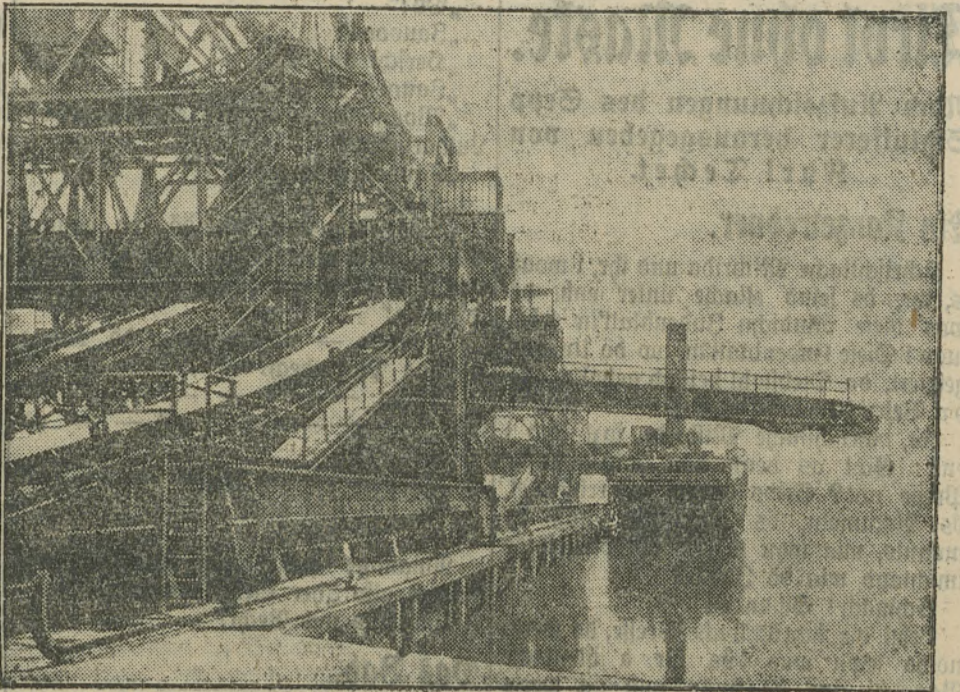
diesjährige Generalversammlung statt, die ihre besondere Wichtigkeit dadurch erhält, weil es für die kommenden Wahlen uns zu rüsten gilt! Der Lokalaussschuss.

Ybbs a. d. Donau. (Märzfeier der sozialistischen Arbeiterjugend.) Sonntag, den 10. März, fand im Arbeiterheim Ybbs die Generalversammlung der Jugendorganisation bei sehr gutem Besuch statt. Obmann Gen. Trögler konnte in seinem Bericht einen schönen Aufstieg der Gruppe verzeichnen, was nicht zuletzt der regen Gruppenaktivität, an der alle Funktionäre regen Anteil nahmen, zu danken ist. Nach den Neuwahlen und einem beifällig aufgenommenen Referat begann die von der Gruppe veranstaltete Märzfeier, die einen Massenbesuch von Seite der Arbeiterschaft verzeichnen konnte. Das Gebotene zeigte, daß in der Gruppe guter Wille und das Bestreben, sich zu bilden, reichlich vorhanden ist. Unter der Leitung des Gen. Silek sorgte ein Mandolinengruppe für den musikalischen Teil. Karl Schupp brachte „Herz im Eisen“ von Josef Luitpold zum Vortrag. Der Höhepunkt des Festes wurde mit dem Sprechchor „Das Rote Requiem“ von Ernst Fischer erreicht. Mit den beiseitegedenen Mitteln wurde tatsächlich tiefe Wirkung auf die Zuschauer ausgeübt. Der von Mina Kiegler gesprochene Prolog und im weiteren Verlauf die Leistungen des gesamten Chores sowie die Einzelbesungen, welche von Magda Pauppill, Rudolf Holzer und Karl Schupp bestritten wurden, zeugten für langes Studium und gute Disziplin. Reicher Beifall belohnte die hervorragende Aufführung. Jedenfalls hat diese Märzfeier zweierlei aufgezeigt. Erstens, daß unsere jungen Arbeiter, trotzdem sie vom frühen Morgen bis zum späten Abend ihrer Pflicht als Lehrlinge oder Hilfsarbeiter nachkommen müssen, mit Eifer bestrebt sind, zu lernen und sich weiterzubilden. Zweitens hat die Arbeiterschaft von Ybbs durch ihre Anteilnahme und Beifall bewiesen, daß sie den Wert der Jugendorganisation richtig einschätzt. Möge das Muckertum noch so Zeter und Mordio schreien, mögen die Klotzschwestern unser Arbeiterheim als gottloses Haus bezeichnen, wir wissen, was darin geleistet wird und daß die Hilfe, die wir unseren jugendlichen angehenden lassen, reichlich Früchte tragen wird.

Blindenmarkt. (Sie werden unruhig!) Als die Neuwahlen zum Gemeinderat noch in weiter Ferne lagen, zeigten unsere Marktgewaltigen die berühmte dicke Haut und regten sich über unsere nur zu berechnigte Kritik an der Gemeindeverwaltung nicht sonderlich auf. Erst jetzt, da die Gemeinderatswahlen schon vor der Tür stehen, werden sie — ein Zeichen ihrer Furcht — nervös und um sich der Wählerschaft im günstigeren Licht zu zeigen, haben sie die im Vorjahre von 30 auf 40 Prozent hinaufgesetzte Gemeindefürsorge nunmehr in echt demagogischer Weise auf 30 Prozent herabgesetzt. Ueber die Notiz in unserer „Eisenwurz“ vom 28. Februar sind



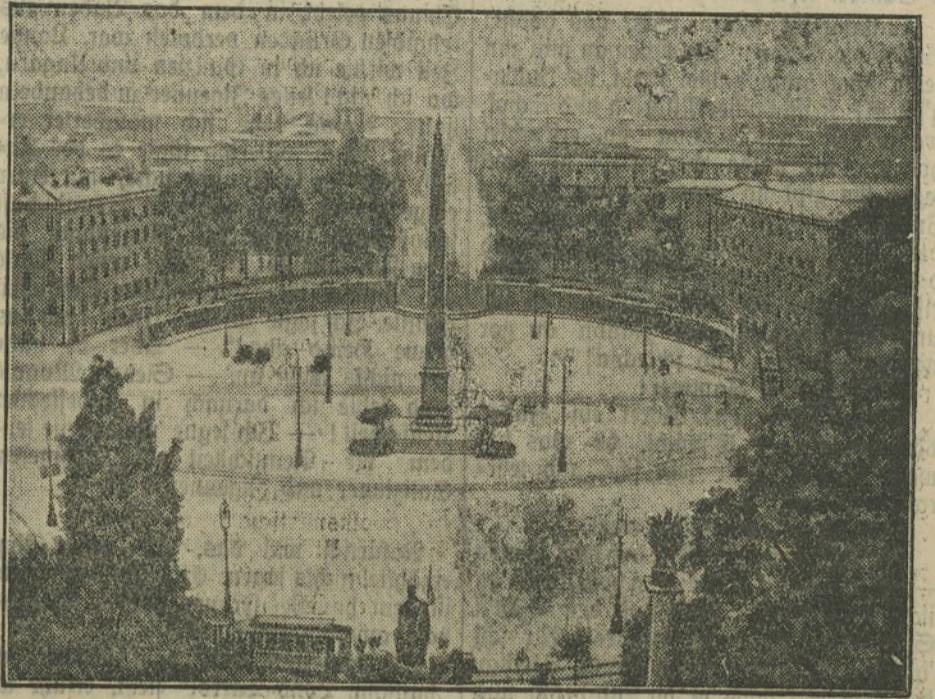
1



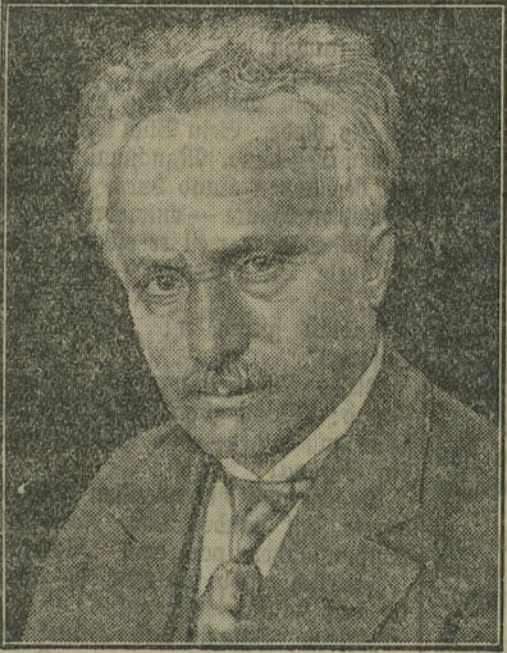
2



3



4



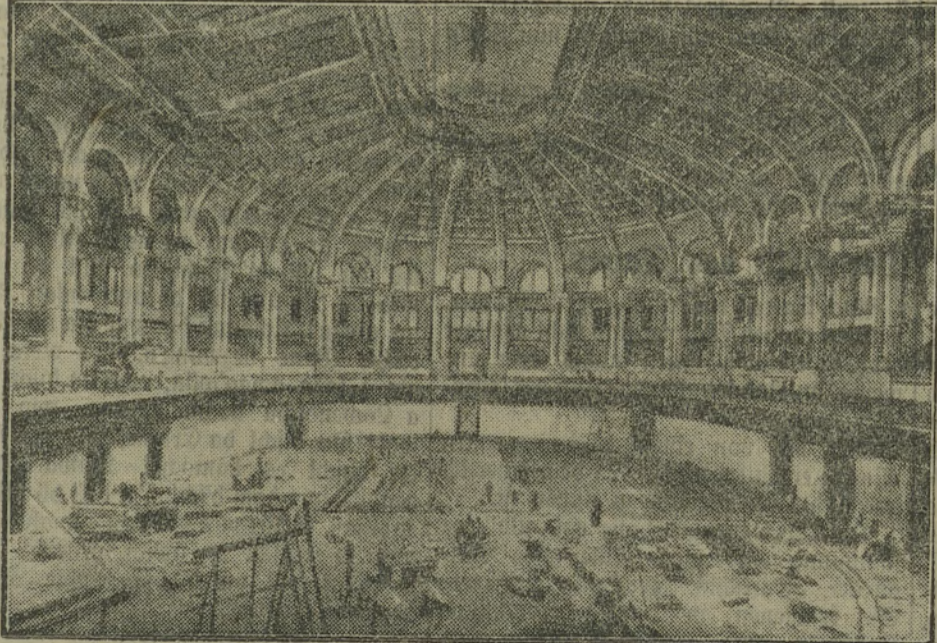
5



6



7



1. Sitzungssaal im deutschen Reichstag. Eine Lautsprecheranlage am Präsi-
dententisch, die das Hören der Reden auch außerhalb des Saales ermöglicht.
2. Die größte Kohlenladestelle der Welt. In Baltimore, Nordamerika, ist eine
neue Kohlenladestelle errichtet worden. 7000 Tonnen Kohle können in einer
Stunde auf ein Schiff verladen werden.
3. Walffische, die durch Stürme auf die ägyptische Küste geworfen wurden, wo
sie hilflos umkamen.
4. Rom in Schnee. Die Römer, die zumeist ofenlose Wohnungen besitzen, haben
unter dem heurigen Winter stark gelitten. Unser Bild zeigt Piazza de Popoli.
5. Reichsminister Karl Severing, einer der führenden Männer der deutschen
Sozialdemokratie und im gegenwärtigen Reichskabinett. Er ist von Beruf Schlosser.
6. Kinderhochzeit in Indien. Die furchtbare Unsitte, Kinder zu verheiraten, ist
in Indien noch immer stark verbreitet. Unser Bild zeigt eine 7 jährige Frau
in Brautschmuck. Im Alter bis zu 20 Jahren sind indische Frauen bereits
verbraucht und stark gealtert.
7. Professor Clemens v. Pirquet, der berühmte Wiener Kinderarzt, ist mit
seiner Frau freiwillig aus dem Leben geschieden. Er hat auf dem Gebiete der
Kindertuberkulose und des Ernährungssystems bahnbrechend gewirkt. Ein
Gramm Milch wurde als Nahrungseinheit festgelegt und darauf berechnet,
wieviel solche Einheiten der menschliche Körper im Tage benötigt.
Der Ruppelsaal des Nationalpalastes in Barcelona, in dem ein Teil der
Weltausstellung untergebracht werden dürfte.

Elektrische Kraft aus der Donau.

Das Donaukraftwerk bei Persenbeug.

Der außerordentlich strenge Winter hat uns mehr denn je unsere Abhängigkeit vom Ausland bezüglich der Kohle vor Augen geführt. Die große Kälte machte erhöhte Einfuhr von Kohlen notwendig und die Störungen im Eisenbahnverkehr gefährdeten das gesamte Wirtschaftsleben Oesterreichs. Die Handelsbilanz wird wieder erhöhte Einfuhrziffern ausweisen müssen und die verschiedenen Betriebsdrosselungen haben für die Industrie ebenfalls eine außerordentliche Belastung zur Folge gehabt. Das zeigt, das unsere Elektrizitätswirtschaft noch lange nicht so ausgebaut ist, wie es für unser armes Oesterreich notwendig wäre. Diese Erkenntnis ist um so trauriger, wenn man bedenkt, das uns als einziger Erbteil aus der Monarchie die Wasserkraft in gigantischer Größe verblieben ist. Seit dem Bestand der Republik ist wohl schon vieles geschehen zur Verwertung dieser Kräfte, aber immer wieder zeigt sich, und heuer deutlicher wie bisher, wieviel noch zu leisten notwendig ist. Es ist Pflicht der verantwortlichen Organe, in erster Linie der Regierung alle diesbezüglichen Projekte und Anregungen zu überprüfen und nichts unversucht zu lassen, um diese Aktivpost unserer Wirtschaft voll ausgenutzt in Rechnung stellen zu können. Leider muß hier aber konstatiert werden, daß durch alle möglichen Einflüsse selbst

sehr beachtenswerte Projekte von dem österreichischen Amtsschimmel zerstreut werden. Wir verzeichnen die traurige Tatsache, daß beispielsweise das sehr beachtenswerte Projekt eines Donaukraftwerkes bei Wallsee, welches vor dem Krieg schon zur Konzessionerteilung eingereicht wurde, 10 Jahre auf die Genehmigung warten mußte. Selbstverständlich waren die Geldgeber während dieser Zeit der Sache überdrüssig geworden und so blieb eine große Idee unausgeführt. Ähnliches scheint sich jetzt zu wiederholen.

Vor ungefähr Jahresfrist ist der Schweizer Ingenieur Oskar Höhn (Zürich) mit dem Projekt eines Donaukraftwerkes bei Persenbeug in die Öffentlichkeit getreten und die hinter ihm stehende Bankengruppe hat bald darauf um die lokale Kommissionierung des Projektes angefragt. Es handelt sich um

ein gigantisches Werk,

das Dr. Federn im „Oesterreichischen Volkswirt“ mit Recht als Großtat gleich der Schaffung der ersten Gebirgsbahn hinstellt. 145.000 Pferdekraft, 800.000 Kilowattstunden Jahresleistung sollen nach dem Projekt durch günstige Ausnutzung des Donaudeltaes im Strudengau mit verhältnismäßig geringen Kosten erreicht werden. Es ist bisher keine Stimme eines Sachmannes bekannt, die das Projekt Höhn nicht als eines der Günstigsten aller bisherigen Vorlagen aufzählt! Die Baukostensumme von 100 bis 120 Millionen Schilling würde bei Zugrundelegung einer nur 60prozentigen Ausnutzung die Erzeugungskosten von mag. 2,5 Groschen pro Kilowattstunde ergeben lassen. Ein Preis, der dem erzeugten Strom die

Abzähmbarkeit von vornherein sichert.

Dazu hat dieses Projekt eine zweite, für die Allgemeinheit sehr günstige Seite. Die Staunung auf 7 bis 9 Meter bei Persenbeug würde auch den für die Schifffahrt unangenehmen Strudeln bei Grein leicht passierbar machen, so daß selbst die Vertreter der Flußschifffahrt, die sonst gegen Donaukraftwerke sehr voreingenommen sind, diesem Projekt sympathisch gegenüberstehen. Bedenken, die von sachmännischer Seite wegen des geringen Wasserstandes und des Eisstrebens im Winter geäußert wurden, glaubt Höhn gerade mit Rücksicht auf die Erfahrungen in diesem Winter, vollständig entkräften zu können.

Er weist nach, daß selbst so strenge Winter wie dieser, trotz dem tiefen Wasserstande, bei seinem Projekt eine 60 bis 70prozentige Ausnutzungsmöglichkeit zulassen. Außerdem ist seine Ansicht, daß durch die Staunungsmöglichkeit ein künstliches Heben und Senken des Wasserspiegels in der schiffahrtslosen Zeit von Persenbeug bis zur Landesgrenze

die Eisbildung sehr erschweren

würde, dadurch die Gefahren, die ein Eisstoß mit sich bringt, stark vermindert, nicht von der Hand zu weisen. Leider scheint all dies wenig Beachtung zu finden.

Im Juli des vergangenen Jahres wurden durch 14 Tage die Kommissionsverhandlungen geführt, dann abgebrochen, und seither ruht die Sache bei den kompetenten Stellen. Wer an der ersten, allgemeinen kommissionellen Zusammenkunft teilgenommen, wer die Versicherungen der verschiedenen Kompetenzen über ihre Stellung zu dem Projekt angehört, der hätte den Eindruck nicht los werden können: diesmal wird es ernst. Wer aber Oesterreich und seinen Bürokratismus sowie die Doppelzüngigkeit der maßgebenden Faktoren kennt, war nicht im Zweifel, daß auch hier viel Geld und Mühe umsonst aufgewendet wird. Dem Projekt Höhn scheint dasselbe Schicksal bevorzuziehen wie dem Wallsee Projekt. Unsere verantwortlichen Stellen in den Bundesämtern finden es noch nicht an der Zeit,

den größten Schatz,

der uns nach dem Zerfall des alten Staates geblieben, die Wasserkraft, für die Volkswirtschaft voll nutzbar zu machen. Unsere Nachbarn haben den Wert bereits besser erkannt, wie der Bau der Ill- und Lunnerseewerke in Vorarlberg beweist, die für deutsche Rechnung in Oesterreich gebaut werden. Also ein „Export der Wasserkraft“.

Wohl haben wir selbst in der Zeit der besten Konjunktur 150.000 arbeitslose Menschen. Davon die Mehrzahl in der Provinz, aber das ist für unsere Verantwortlichen anscheinend noch keine Notwendigkeit, jede Möglichkeit Arbeit zu schaffen, rasch und objektiv zu prüfen. Der Ausbau des Kraftwerkes bei Persenbeug sieht eine Bau-summe von 110 bis 120 Millionen Schilling vor, wovon ein Drittel auf Arbeitslöhne entfallen würde, das im Inlande in das Verdienen gebracht werden kann.

4000 bis 5000 Arbeiter könnten durch drei bis vier Jahre beim Bau selbst beschäftigt werden ohne die anderen, die in der mit Aufträgen versehenen Industrie Verdienstmöglichkeit hätten. Durch die Verwirklichung des Projektes würde ein Donauübergang, eine Brücke geschaffen werden, die schon eine unbedingte Notwendigkeit ist und früher oder später von Staats wegen errichtet werden muß. Jedenfalls auch ein Argument, welches nebst dem billigen Strom und dem Vorteil für die Donauschifffahrt beachtet werden soll. Wenn gleich darauf hingewiesen wird, daß auch bei dem zweiten derzeit zur Diskussion stehenden Projekt, einer Großkraftanlage bei Wien, kolossale Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, so darf man sich keinesfalls die Argumentation eines bedeutenden Anhängers dieses Projektes zu eigen machen, daß durch die Schaffung eines Donaukraftwerkes auf eine Generation hinaus kein weiterer Bedarf mehr besteht. Mit Recht wird hier auf unsere Nachbarn, die Schweiz, hingewiesen, die weniger industriell ist und nur zwei Drittel unserer Einwohnerzahl besitzt, aber um ein Drittel pro Kopf mehr elektrische Energie zur Verfügung hat als wir. Wer bedenkt, wie weite Strecken Oesterreichs für Licht und Kraft noch zu erschließen wären, wer weiß, wieviel Strom durch die klei-

nen unrentablen Werke erzeugt wird, welche durch die hohen Stromkosten eigentlich die Elektrizitätswirtschaft behindern, und die früher oder später doch verschwinden müssen, der kann so nicht argumentieren. Wie aber in Oesterreich das Bestreben, volkswirtschaftliche Werte zu schaffen behindert, ja systematisch erschlagen wird, sollen die folgenden Tatsachen zeigen. Schon anlässlich der teilweisen Kommissionierung 1928 hat sich in dem Gebiet zwischen Grein und Mauthausen am linken Donauufer ein Zweckverband unter der Führung der Herren Clam-Martiniß und Nationalrat Gürtler aus Grein gebildet, dessen Aufgabe die Verhinderung der Verwirklichung des Persenbeuger Werkes ist. Wenn ihren ersten Einwand, daß infolge der Rückstaunung eine teilweise Verumpfung des sogenannten Machlandes eintreten könnte, innere Berechtigung nicht abgesprochen werden konnte, so ist diese Befürchtung aber durch die Umarbeitung des Projektes, wodurch die Rückstaunung schon bei Dornach-Weidagger endet, jeder Boden entzogen. Die Herren Gürtler und Clam, die geistigen Führer des Zweckverbandes, scheinen aber

andere Ziele

zu verfolgen, da sie auch jetzt ihren Kampf nicht aufgeben, sondern in der gehässigen Form fortführen. In den ihnen zur Verfügung stehenden oesterreichischen Blättern wurde das Projekt Höhn vollständig unsachlich entstellt wiedergegeben. Um die Beziehungen, die Herr Gürtler und wahr-scheinlich auch der jetzige Ministerpräsident Clam-Martiniß zur Regierung hat, zu demonstrieren, wurde der Landwirtschaftsminister Thaler Ende November in das Gebiet zu Besuch geladen, von dem die Mär erzählt, daß er infolge einer Bräuterei im Radlewerk bei Passau anlässlich der Besichtigung eines Absees vor Donaukraftwerken hat. Tatsächlich hat er auch in einer Rede dort die Techniker als unerlässlich hingestellt, deren Berechnungen oft von den Tatsachen als falsch erwiesen wurden. Er schloß seine Rede mit den Sätzen: „Graf Otto von Machland hat seinerzeit viel für

die Urbarmachung und Besiedlung des Machlandes getan. Ihr habt als Obmann des Zweckverbandes wieder einen Grafen bestellt, Herrn Graf Clam-Martiniß. Auch er bietet euch sicherste Gewähr, daß er mit ganzer Kraft arbeitet, daß auch eure Scholle ohne Schädigung erhalten bleibt.“ Abgesehen davon, daß

ein republikanischer Minister nur in einem Grafen den besten Vertreter der Bauernschaft sieht

und dabei die Republik, deren Gesetze zu beachten er geschworen, beleidigt, hat er damit den österreichischen Ingenieuren einen Schimpf angetan, der auch von dem Oesterreichischen Verein der Ingenieure in einer kräftigen Resolution entsprechend zurückgewiesen wurde. Dahingestellt möge es aber bleiben, ob er durch diese Haltung dem Bauernstande überhaupt dient. Denn die große Arbeitslosigkeit und der niedere Lebensstandard der österreichischen Arbeiterschaft sind nicht zuletzt eine Ursache, daß es unseren Bauern derzeit schlecht geht und die österreichische Bauernschaft kann ebenso billige Kraft brauchen. Wenn also die höchst Verantwortlichen sich öffentlich zu einer so bedeutungsvollen Frage stellen, nimmt es nicht Wunder, daß die Gegner minderen Einflusses zu offenem Terror greifen. So hatte Ing Höhn, um den Entstellungen dieser Herren vom Zweckverband und ihren Gönnern entgegen zu treten versucht, eine Klarstellung der Tatsachen in der Greiner Zeitung zu veröffentlichen. Leider vergeblich. Die Herausgeberin fürchtet ihre Lokalitäten, die in der Machtsphäre des Herrn Gürtler liegen, zu verlieren und man hat sie wissen lassen, daß, wenn sie etwas gegen den Willen der beiden Herren veröffentlicht,

die Existenz ihres Blattes auf dem Spiele steht.

Jedenfalls wird der Schweizer Höhn und die hinter ihm stehende Schweizer Bankengruppe bald einsehen lernen, daß in Oesterreich nicht Vernunft regiert und es wird an diesen Beispielen dem Ausland demonstriert, mit welchen Mitteln die „Gegner des Terrors“ gegen jeden, der nicht ihre Ansicht teilt, vorgehen!

Wenn man auf Raten kaufen will . . .

Was viele nicht überlegen.

Immer mehr gestaltet sich der Ratenhandel zu einer wahren Landplage aus. Die Beschäftigungslosigkeit drängt die Leute zu einer Arbeit, sei es welche immer, viele werfen sich auf den Handel, sehr viele auf den Ratenhandel, weil sie bei den unerfahrensten Leuten mit ihren kniffligen Geschäftspraktiken, die sie sich bald angewöhnen, durchzudringen hoffen. Täglich fast kommt unsere Redaktion in die Lage, Neuigkeiten im unredlichen Ratenhandel kennen zu lernen, aber auch festzustellen, daß das auf Raten kaufende Publikum seine ihm selbst obliegenden Pflichten zu leicht nimmt, besser: nicht kennt.

Erstes Gebot wäre allerdings, mit einem Ratenagenten sich nicht erst einzulassen. Bedenkt, Arbeiter: der Ratenhändler kann zu dem für die Ware entsprechenden Preis eine Risikoprämie

bis zu 50 Prozent aufschlagen,

ohne daß man dagegen etwas tun kann! Man kauft sicher bei einem heimischen Geschäftsmann billiger als bei dem fremden Ratenagenten. Der redet Euch nur was Schönes vor, ist aber dann erbarmungslos. Dazu kommt ferner, daß im Ratenhandel die wertlosesten Sachen zu verhältnismäßig höchsten Preisen verkauft werden: z. B. die „berühmten“ Doktorbüchlein, die „Perzlin im Hause“ u. dgl., Schund erster Sorte! Kauft man auf Raten, wird Terminverpflicht vereinbart, das ganze Kaufsumme ohne Rücksicht auf die vereinbarten Raten sofort zu begehren, wenn nur zwei Raten im Rückstande sind. Dies trifft aber den Arbeiter doppelt schwer, denn einerseits hat er dann den Vorteil der ratenweisen Abzahlung der Schuld verloren, andererseits hat er den im Ratenhandel um die Risikoprämie erhöhten Preis für die Waren auf einmal zu zahlen!

Der Ratenagent vereinbart nie mündlich, sondern läßt von der Partei einen schrift-

lichen Bestellschein unterschreiben. Er hat da ein vorgedrucktes Formular, in das er die Ware und den Preis einträgt. Der einfache Arbeiter unterschreibt, ohne zu bedenken, daß er damit auch das vorgedruckte unterschreibt. Daher heißt es alles, was auf dem Bettel steht, lesen! Wenn man es nicht versteht, dann lieber jetzt noch den Agenten abwimmeln! Leider aber sind viele Arbeiter so ungeschickt, dem Schwätzen des fremden Agenten zu trauen, zu unterschreiben und erst später, wenn nichts mehr zu ändern ist, holen sie sich beim Anwalt oder bei Gericht Auskunft. Zuerst muß man sich erkundigen und dann hat man noch immer Zeit zur Unterschrift, falls man sich noch zu einer Bestellung entschließt.

Man muß auch den Sinn dessen, was geschrieben wird oder vorgedruckt ist, zu erfassen trachten. Tat da unlängst ein Agent groß und gab sich als besonders entgegenkommend aus, weil er deutlich auf den Bestellschein schrieb: „Es steht Ihnen das Recht zu, binnen 14 Tagen diese Bestellung anzunehmen oder abzulehnen“. Es glaubt nun der Arbeiter, noch immer in 14 Tagen abzuschreiben zu können. Dabei war aber der Bestellschein als Brief an die Firma gehalten. Wenn also dieser Bestellschein von dem Arbeiter unterschrieben wurde, wurde ein Brief, und zwar ein Offert des Arbeiters an die Firma daraus. An ein Offert ist man aber durch bestimmte Zeit gebunden. Der oben erwähnte Befehl wirkte daher nicht zu Gunsten des Arbeiters, sondern das Rücktrittsrecht innerhalb 14 Tagen war von ihm der Firma (nicht umgekehrt), eingeräumt.

Dabei ist es geradezu unmöglich, es auf einen Prozeß ankommen zu lassen und zu behaupten, daß man hineingelegt worden sei. Denn

der vom Arbeiter unterschriebene Bestellschein spricht gegen ihn;

jeder Richter sagt, daß man doch nur unterfchreiben, was man gelesen und verstanden habe. Zeugen sind bei der Besprechung, die bei der Unterfertigung geführt wurde und wobei vielleicht wirklich etwas anderes vereinbart wurde als auf dem Zettel gedruckt steht, gewöhnlich nicht anwesend, so daß ein Beweis, daß man betrogen worden sei, meist nicht zu erbringen ist. Hingegen fungiert der Agent für seine Firma als Zeuge! Der Richter aber kann nur auf Grund von Beweisen urteilen.

Die Agenten halten sich in der Mehrzahl der Fälle an die Frau, nicht an den Mann. Sie wissen, daß sie die Frau leichter zur Anschaffung irgend welcher Wäscheartikel u. dgl. veranlassen können als den Mann. Vielleicht denkt sich nun wieder manche Frau, sie könne unbedenklich bestellen:

von ihr könne man nichts begehren, weil sie nichts, auch keinen Arbeitsverdienst habe, den Mann gehe es nichts an und die Firma werde also noch froh sein, wenn man ihr die Ware wieder zurückgibt. Grundfalsch gedacht! Für Anschaffungen, die die Frau macht und die für den Haushalt bestimmt sind, oder, wenn für die Frau bestimmt, doch von ihr benötigt werden und so ziemlich mit der Leistungsfähigkeit des Mannes in Einklang stehen, hat der Mann aufzukommen. Es kann also die Klage gegen den Mann eingereicht werden, wenn er auch die Bestellung nicht unterschrieben hatte. Es würde ihm auch nichts nützen, wenn er, sobald er von der Bestellung erfährt, diese widerrufen wollte.

Viele Arbeiter vereinbaren Raten in einer Höhe, die sie erschwingen zu können glauben, dann aber doch nicht einhalten können. Oder sie bestellen gar nicht auf Raten, sondern verpflichten sich, innerhalb einer Frist (z. B. 4 Wochen nach Anlieferung der Ware), zu bezahlen. Sie bilden sich ein, berechtigt zu sein, nun, wenn sie nicht zahlen können oder die vereinbarte Rate doch unerschwinglich ist, die Firma zwingen zu können, sich mit geringeren Raten zu begnügen. Gibt es auch nicht! Ein Vertrag muß so eingehalten werden, wie er vereinbart ist. Hat man die Raten nicht gleich bei der Bestellung vereinbart, so kann man die Lieferfirma später nicht dazu zwingen. Weil aber auch nicht gezahlt werden kann, ist die Folge die Klage, mit ihr die Prozeß- und nachfolgend die Exekutionskosten.

Das Gesetz über die Ratengeschäfte enthält vom bürgerlichen Rechte abweichende Bestimmungen zu Gunsten des Käufers. Sie reichen aber nicht aus, wirklich genügend zu schützen. So kann z. B. bei einem Kauf Mangelhaftigkeit der Ware (schlechte Beschaffenheit) eingewendet werden, außer man war davon schon vorher in Kenntnis. Beim Ratengeschäft kann man diese schlechte Beschaffenheit gegenüber der Einklagung des Kaufpreises einwenden, wenn man die Minderwertigkeit beim Kauf kannte. Im Prozeß muß der, der behauptet, seine Behauptung auch beweisen, der Käufer also die Einwendung der Minderwertigkeit der Ware.

Nun nimmt aber der Arbeiter die gekaufte Ware gleich nach Einlangen in Gebrauch: es dauert oft lange, bis es zur Klage und noch länger, bis es zur Verhandlung kommt. Dann ist aber das Stück Ware (z. B. Wäsche) schon derart abgebraucht, daß man auf seine Beschaffenheit am Tag der Anlieferung keinen rechten Schluß mehr ziehen kann. Es kann also in vielen Fällen ein Mangel der Ware nicht bewiesen werden. Die Behauptung des Beklagten allein genügt aber dem Richter nicht.

Eine Klage ist bei dem Richter einzubringen, in dessen Sprengel der Beklagte wohnt. Ein Arbeiter in Viehofen oder Wilhelmsburg ist also beim Bezirksgerichte St. Pölten zu klagen. In allen Fällen kann aber z. B. bei Abschluß eines Kaufes zwischen Käufer und Verkäufer vereinbart werden, daß die Klage trotzdem vor einem anderen Gerichte angebracht werden kann. z. B. vereinbaren größere Firmen, die in die verschiedensten Orte liefern, z. B. eine Lieferfirma in Wien, mit ihren Kunden, daß eine Klage nicht beim Gerichte des Kunden, sondern beim Gerichte der Lieferfirma, also in Wien, erhoben werden kann.

Eine solche Vereinbarung ist bei Ratengeschäften ungültig,

und selbst, wenn sie getroffen worden sein sollte, unwirksam. Aus dem Ratengeschäft kann also der Käufer nur bei seinem Gerichte, in dessen Sprengel er wohnt, geklagt werden. Dennoch finden wir häufig auf den Bestellscheinen die Klausel, daß für die Klage ein „Wiener Gericht zuständig“ sein soll und die Firma klagt dann auch beim Wiener Gerichte, unter Verschweigung des Umstandes, daß es sich um ein Ratengeschäft handelt. Der Arbeiter ist nicht in der Lage,

nach Wien zu fahren, wird wegen Verschärfung der Tagelohns sofort verurteilt (wenn der Beklagte nicht erscheint, muß der Richter die Richtigkeit der Klagebehauptungen annehmen) und obwohl ihm das Gesetz das Recht gibt, die Unzuständigkeit des Wiener Gerichtes auch noch in einer Berufung geltend zu machen, verursacht ihm dies schon wieder Gänge zum Anwalt oder zum Gericht, damit aber auch Arbeits- und Geldverlust. Daher, wenn schon auf Raten bestellt wird, lese man sich den Bestellschein durch und streiche jede Klausel, die die Vereinbarung eines Wiener Gerichtes zum Inhalte hat.

Zum Schluß sei noch auf einen schweren Irrtum aufmerksam gemacht, der auch für Klagen außerhalb des Ratenhandels in Betracht kommt. Viele Firmen reichen eine sogenannte

Mahnklage

ein. Der Richter gibt auf Grund der Sach-

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Textil-Arbeiterinnen, es geht um Eure Gesundheit!

Seit der Novellierung des § 1154 b a. b. G. B., die im Jahre 1917 erfolgte, galt der Schwangerschafts- und Entbindungsfall als unbestrittener Krankheitsfall, nach welchem den Wöchnerinnen im Sinne der Richtlinien des Metallarbeitervertrages, die fast ausnahmslos in allen Kollektivverträgen Aufnahme gefunden haben, das volle Krankengeld in der Höhe von 5/4 des Wochenverdienstes gesichert war. Niemandem wäre es eingefallen, den Arbeiterinnen dieses Recht freitig zu machen oder gar den Wöchnerinnenfall nicht als Krankheit anzuerkennen. Dem Linzer Einigungsamt blieb es vorbehalten mit seinem Schiedsspruch vom Jahre 1927, den Unternehmern den Vorwand zu liefern, den Arbeiterinnen diesen Anspruch freitig zu machen. In diesem verfehlten Schiedsspruch wurde die Ansicht vertreten, daß Schwangerschaft und Entbindungsfall kein Krankheitsfall sei. Eine Reihe von Unternehmern in der Textilindustrie wollten nun sich diesen verfehlten Schiedsspruch zu Nutzen machen und

verweigerten den Arbeiterinnen im Entbindungsfalle das volle Krankengeld.

In allen diesen Fällen mußte die Union der Textilarbeiter im Prozeßwege den Arbeiterinnen zu ihrem Rechte verhelfen. Nachdem die geklagten Unternehmer ausnahmslos sachfällig wurden, verdoppeln sie ihre Anstrengungen, um den Krankheitsfall bei den Wöchnerinnen zu beseitigen, den Entgeltanspruch zu Falle zu bringen.

Wenn es den Unternehmern bisher noch nicht gelungen ist, dieses Anspruchsrecht der Arbeiterinnen zu beseitigen, so verdanken es die Arbeiterinnen der zähen und entschlossenen Verteidigung dieses Rechtes durch ihre gewerkschaftliche Organisation.

So manche Arbeiterin glaubt, daß sie es nicht notwendig hat,

sich der freien Gewerkschaft anzuschließen, daß die gewerkschaftliche Vereinigung der Arbeiterinnen keinen Zweck habe und daß ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen durch Gesetze gesichert seien. Diese naive Meinung ist vollkommen falsch! Wie stünde es mit den gesetzlichen und vertraglichen Rechten der Arbeiterinnen, wenn nicht die gewerkschaftliche Organisation darüber wachen würde, wenn nicht die gewerkschaftliche Organisation die Unternehmer zur Einhaltung der Schutzgesetze und der vertraglichen Rechte der Arbeiterinnen zwingen würde? Die einzelne Arbeiterin kann auf den Unternehmer keinen Zwang ausüben, um sich vor Nachteilen zu schützen, nur die organisierte Masse verfügt über eine Macht, mit der der Unternehmer rechnen muß.

Arbeiterinnen, denkt einmal nach, was der Wegfall des vollen Entgeltes bei Schwangerschaft und Entbindung für euch bedeuten würde. Das hätte zur Folge, daß der gesetzliche Schutz für schwangere Arbeiterinnen sich automatisch aufheben würde.

Das Gesetz stünde bloß auf dem Papier, während in Wirklichkeit die schwangere Arbeiterin bis zum letzten Tage ihrer Niederkunft bei der Maschine schuften müßte.

Es ist unbestreitbar, daß wir in der Textilindustrie die niedrigsten Löhne zu verdienen haben. Die Textilarbeiterinnen sind in ihrer Mehrzahl in der 5. bis 7. Lohnklasse bei den Krankenkassen eingereiht, ihre Wöchnerinnenunterstützung beträgt täglich 1,70 bis 2,40 Schilling. Wenn nun die Schwangere sechs Wochen vor ihrer Niederkunft der Arbeit fernbleibt, so hat das eine bedeutende Schmälerung des Wirtschafts-

verhaltensänderung in der Klage über Antrag des Klägers an den Beklagten einen Zahlungsbefehl heraus. Wird gegen diesen vom Beklagten innerhalb 14 Tagen nach der Zustellung kein Widerspruch erhoben, so ist er rechtskräftig, es kommt zu keiner Verhandlung und der Kläger kann auf Grund des rechtskräftigen Zahlungsbefehles Exekution führen. Auf dem Zahlungsbefehl befindet sich nun die Belehrung, daß er unwirksam wird, wenn Widerspruch erhoben wird. Viele Arbeiter erheben Widerspruch und glauben, die Sache damit los zu sein. Sie irren! Denn im Widerspruchsfalle muß der Richter eine Verhandlung anordnen, die Zeit und Geld kostet und keinen Nutzen bringt, weil in 99 von 100 Fällen die eingeklagte Schuld ja zu Recht besteht, bzw. der Beweis, daß man hineingelegt wurde, nicht erbracht werden kann. Daher keinen Widerspruch gegen einen Zahlungsbefehl erheben, wenn man den Betrag ohnedies schuldig ist!

nie schätzen einen Schilling Profit weit höher ein als die Gesundheit ihrer Arbeiterinnen.

Die Unternehmer begründen ihre unsoziale Haltung gegenüber den schwangeren Arbeiterinnen damit, daß durch das Entgelt die Betriebskosten zu sehr belastet werden. Das mag glauben, wer will, wir glauben es nicht; denn wir wissen, daß die Unternehmer zum weitaus größten Teil ihre Arbeiter und Arbeiterinnen unterentlohnen, daß sie besonders aus den Arbeiterinnen mehr als genug herausschinden und das Vielfache dessen verdienen, was die sozialen Lasten ausmachen. Wäre es nicht so, dann könnten die Unternehmer und ihre Organisationen nicht

Milliarden an Unterstützung für die Heimwehren aufbringen,

dann könnte nicht der Herr Dr. Ludwig seine vaterländischen Schmierblätter den Unternehmern zur kostenlosen Verteilung an die Arbeiter zur Verfügung stellen!

Großmütig wollen die Herren vom Völkplatz den Schwangerschaftszustand einer Krankheit gleichhalten, aber es darf den Industriellen nichts kosten. Die Herren haben bereits einen Vorschlag ausgeklügelt, im Falle sich die Gewerbegerichte nicht unterliegen lassen. Wie man hört, soll durch diesen Vorschlag die Kürzung des Entgeltes bei Entbindungsfällen um nicht weniger als um zwei Viertel des Betrages gekürzt werden.

Dieser Kampf berührt nicht das Recht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, sondern auch euer Recht, Kolleginnen, die ihr noch außerhalb der freigewerkschaftlichen Organisation steht. Hier gilt es, ein gemeinsames Interesse aller Arbeiterinnen zu verteidigen. Es handelt sich in diesem Kampfe nicht um einige Groschen Lohn-erhöhung, sondern es geht um ein weit größeres Gut!

Es geht um den Schutz Eurer Gesundheit, es geht um Eure Existenz!

Wird Eure Gesundheit frühzeitig untergraben, weil Ihr Euch durch die wirtschaftliche Not nicht schonen könnt, wenn Ihr Mütter werdet, dann werdet Ihr wegen Minderleistungsfähigkeit entlassen, werdet der demoralisierenden Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen überantwortet. Ohne eine geschlossene, starke gewerkschaftliche Organisation werdet ihr den Kampf mit Erfolg nicht bestehen!

Arbeiterinnen! Tretet der Union der Textilarbeiter als Mitglieder bei! Die Organisation ist unser einziger Schutz!

An die Landarbeiter!

Durch den außergewöhnlich harten Winter ist der Frühjahrsanbau um Wochen verzögert worden. Wenn nicht die Wirtschaft und mit ihr die Arbeiter schweren Schaden leiden sollen, muß der Anbau so rasch als möglich durchgeführt werden. Deshalb hat der Verbandsvorstand beschlossen, an die Landarbeiter den Aufruf ergehen zu lassen, bei den Anbauarbeiten mit äußerster Kraftanstrengung mitzuwirken. Selbst Nachtarbeit und Sonn- und Feiertagsarbeit soll nicht abgelehnt werden. Auch die Bergarbeiter haben in der Zeit der großen Kohlennot am Sonntag gearbeitet, um die Volkswirtschaft vor noch größeren Schäden zu bewahren.

Landarbeiter! Macht dieses schöne Beispiel nach und beweist so, daß die Wirtschaft in Notzeiten auf Euch rechnen kann. Zeigt auf diese Weise, daß Ihr an dem Aufstieg der Landwirtschaft mitarbeiten wollt, damit auch Euer Aufstieg gesichert werde. Hoffentlich tragen auch die Arbeitgeber ihren Teil dazu bei, indem sie die in mehreren Betrieben schwebenden Lohnverhandlungen so rasch als möglich abführen und für die Not der Landarbeiter ebenfalls das entsprechende Entgegenkommen zeigen. — Der Vorstand des Oesterr. Land- und Forstarbeiterverbandes.

Vor Gericht.

Auf der Jagd nach dem Kündigungsgrund.

Um einen unangenehmen Mieter hinauszuwickeln, ist manchen Hausherrn jedes Mittel grad gut genug, insbesondere wenn der Mieter nicht nur die unangenehme Eigenschaft hat ein „Kofer“ zu sein, sondern auch noch Schutzbundsfunktionär ist. Herrn Glashändler Frische aus der Kremsergasse erteilt dieses Mietsgestück eines ihm nicht passenden Mieters. Deshalb hatte er ein scharfes Auge auf

Herrn und Frau Wilhelm S. Sie wurden von der ganzen Familie, ihren Bekannten und nicht zuletzt vom Stundenbuchhalter des Herrn Frische namens Felber, der sich komischerweise als Verwalter des Hauses ausgibt, trotzdem als solcher schriftlich den Parteien ein anderer angeboten wurde, weil die Parteien angeblich mit all ihren Schmerzen den Herrn Felber behelligen, bewacht. Die Familie S. wurde natürlich mit allen möglichen Schiknen bedacht, hinter der Ihre lauernde Frau Frische, um einen